Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

Professor Löwenthal in Bochum

Am Freitag, dem 20. 11. konnte technischen Revolution und der man ab 20.00 Uhr in der Volks- Überbau in Richtung Liberalisman ab 20.00 Uhr in der Volkshochschule erleben, wie ein Professor - seines Zeichens Marxeologe beim Ostforschungsinstitut in West-Berlin — mit Kategorien wie "Oligarchie", Neo-Zarismus" u. a. versuchte, die neue Phase in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft zu charakterisieren. Während Stalin noch die Transformation der Gesellschaft ,dynamisch' zum Kommunismus hin angestrebt habe, sei dieses Ziel nun völlig in den Hintergrund getreten.

Heute wolle man lediglich die Arbeitsproduktivität und den Lebensstandard der Bevölkerung heben und es dabei des weiteren auch belassen. Im übrigen sei schon längst vom "Terror" der "Stalin-Ära" Abstand gewonnen worden und allmählich begönne nun eine Phase, in der der Unterbau sich im Rahmen der wissenschaftlich-



erer Lowening! Die SPD broucht keine Enteignungen

mus drücken werde.

Vor allem auf die Intelligenz, komme es in diesem Prozeß an, die traditionellerweise aufgrund ihrer unzureichenden materiellen Lage und mangelnden Informationsmöglichkeiten unzufrieden sei. Als dann formulierte er das Ziel der neuen Ostpolitik seit 1966: nicht mehr "Wandel durch militärische Stärke und Untätigkeit" sei erstrebenswert wie ehedem, sondern "Wandel durch Annäherung". Dabei führte er unter anderem das Bei-spiel der CSSR an, in der sich ein solcher Wandel ohne Preisgabe sozialistischer Prinzipien zu vollziehen begonnen habe, der dann al-lerdings durch die Sowjets abgebremst worden sei.

Eigentlich müßte zu jeder dieser Thesen Löwenthals ausführlich Stellung genommen werden, ein Unterfangen, das im Rahmen die-ses Artikels nicht möglich ist. Hier sei also nur dreierlei behandelt:

1. Insoweit Löwenthal verschwieg daß gerade die Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Lebensstandards erklärte Ziele der Sozialisten beim Aufbau des Sozialis-mus-Kommunismus sind, mußte er dafür den Nachweis schuldig bleiben, daß man in der Sowjetunion die "Transformation" der Gesellschaft abgegeben habe.

Marx selbst formulierte diese Notwendigkeit der Steigerung der ökonomischen Pontenzen im Sozialismus wie folgt: "nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen die Produktionskräfte gewachsen und aller Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums

Fortsetzung auf Seite 2

UP funktionslos - jetz Staatskommissar

Das NRW-Hochschulgesetz ist noch kein Jahr in Kraft, und schon wird die Ruhr-Universität von einschneidenden Maßnahmen auf der Grundlage dieses Gesetzes betroffen. Das Wissenschaftsministerium ist nicht bereit, die Amtszeit des letzten UP zu verlängern, nachdem durch den Streit um die Wahlordnung die Wahl eines neuen UP nicht möglich ist. Stattdessen hat es dem bisherigen Vorsitzenden des UP, Saß, die Würde eines Staatskommissars angetragen. Saß bat um 24 Stunden Bedenkzeit und sagte dann zu.

nister aufgrund seiner Aufsichts-funktion nach § 49 HSchG zusteht. Sie darf eigentlich erst angewandt werden, wenn andere Maßnahmen vergeblich versucht worden sind oder zwecklos erscheinen.

Der Staatskommissar gilt als Er-satzorgan der Universität. Das bedeutet, alle Entscheidungen, die er trifft, binden die Universität, während man nur geringfügige Mög-lichkeiten hat, jemanden dafür verantwortlich zu machen.

Konzertierte Reaktion

Die Tatsache, daß der Minister gleich mit dem schwersten Geschütz auffährt, spricht dafür, daß er entschlossen ist, so schnell wie möglich sämtliche Unabhängigkeit der Universität und damit auch sämtliche Freiräume zu zerschlagen. Es hat daher keinen Sinn, darauf zu hoffen, daß der Minister die Möglichkeiten, die ihm die Einsetzung eines Staatskommissars bietet, nicht nicht voll nutzen wird.

Die Abgrenzung der Aufgaben des Staatskommissars erfolgt durch den Minister. Da die Legislaturpe-

Hoher Sieg

der OTV!

Bei den letzten Wahlen zum Personalrat der RUB gab es

eine vernichtende Niederlage

der DAG; die OTV gewann

5 Sitze und hat nun 9 Sitze

Personalratswahlen:

Die Bestellung eines Staatskom-missars ist bereits die schwerste Eingriffsmöglichkeit, die dem Mi-wird, muß der Staatskommissar zwangsläufig alle Funktionen übernehmen, die auch dem UP zustehen, nämlich Rechtsetzung, Rektorwahl u. ä. Eine gesetzliche Einschrän-kung dieser Funktionen gibt es

Grundsätzlich sollen vom Staats-kommissar zwar keine Entscheidungen getroffen werden, die auch ohne Schaden aufgeschoben werden können. Aber wer bestimmt denn, welche Entscheidungen drin-gend sind und welche nicht? Der Rektor und die reaktionären Drahtzieher im Senat werden sicher die einmalige Chance wittern, unpopuläre Entscheidungen schnell über die Bühne zu bekommen; Saß wird dabei freudig helfen (will er nicht befördert werden?). Eine Begründung für die Eilbedürftigkeit wird sich schon finden lassen.

Wichtige Entscheidungen, die in nächster Zeit im UP anstehen,

Wahl eines neuen Rektors (wenn Grosse-Prozeß entsprechend en-

Rahmenordnung für Assistenz-

(wenn Wahlordnungsprozeß entsprechend endet) Abteilungssatzungen.

Marionette des Ministeriums

Was hingegen kann der gute Herr Saß und sein Beratergremium, der ehemalige Hauptausschuß, gegen die Lenkung durch Minister Rau unternehmen? Der Staatskommissar ist vollständig an die Weisungen des Ministers gebunden. Ihm steht nicht einmal im Rahmen seines Ermesens, d. h. im Rahmen von Zweckmäßigkeitsüberlegungen, ein Recht auf selbständige Entscheidungen zu. Damit sind seine Einflußmöglichkeiten noch weit geringer als die der bisherigen Universtitätsgremien, die bereits minimal

Es ist daher nur Schein und in Wahrheit Intrige, wenn Saß sich durch Beschlüsse seines Beratergremiums (Hauptausschuß) als verpflichtet ansieht. Jede positiv zu bewertende Entscheidung dieses Gremiums kann durch Weisung des Ministers aufgehoben werden. Somit braucht sich Saß nicht einmal über diesen Beschluß selbständig hinwegzusetzen, sondern nur auf

- Erlaß einer neuen Wahlordnung | den Minister zu verweisen. Dieser Hinweis kann jegliche Handlung rechtfertigen.

> Wahrscheinlich könnte er nicht einmal mit seinem Rücktritt drohen. Als Landesbeamter ist er verpflichtet, auf Anordnung seiner obersten Dienstbehörde jede Ne-bentätigkeit im öffentlichen Dienst zu übernehmen und fortzuführen, sofern diese Tätigkeit seiner Vorbildung oder Berufsausbildung ent-

> Durch sein Angebot an das Ministerium, als Staatskommissar zu fungieren, hat sich Saß selbst zu einer Marionette des Ministeriums und der reaktionären Professorenschaft gemacht.

Wenn nicht gleich zu Anfang von studentischer Seite erbitterter Widerstand gegen diese staatliche Reglementierung geleistet wird, wird die Reaktion ihre Chance weiter nutzen. Das Ergebnis dürfte dann Beseitigung sämtlicher Freiräume und Unterdrückung sämtlicher demokratischer Ansätze sein.

Daher darf man diesen Staatskommissar gar nicht erst zur Arbeit kommen lassen!

Besucht den Staatskommissar! Öffentliche Sitzung am Mittwoch um 19 Uhr im Hörsaal NA 02/297

Die »Politik« der rechten Kräfte

Als aufmerksamer Beobachter des politischen Geschehens der letzten Wochen in Westdeutschland konnte man eine Zuspitzung der innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen beobachten. Die Reaktion schlug zu: Gründung der Aktion Widerstand in Würzburg, wo man Brandt und Scheel an die Wand stellen wollte, weil diese einen Gewaltverzichtsvertrag unterschrieben hatten. Da wird in Westberlin ein Sowjetsoldat angeschossen, und in Krefeld schießen Rechtsradikale mit Stahlgeschossen auf ein DGB-Haus. CDU/CSU, NLA, NPD versuchen mit nationalistischer Hetze bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern die Bundesregierung aus den Angeln zu heben.

Was ist der Grund für die zunehmende Formierung dieses Rechtskartells? Im Vordergrund der Angriffe auf die "sozialliberale" Re-gierung steht deren Ostpolitik, die auf der Anerkennung der Realitäten und auf einer imperialistischen Strategie der exportorientierten Monopole liegt.

Damit dürfte sich die SPD/FDP Regierung langfristig als besserer Sachverwalter der Monopolinteressen erweisen: man hatte eingesehen, daß der offen militaristische Imperialismus der CDU/CSU-Re-gierung, verbunden mit Ansprüchen auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete den Sozialismus auf die Dauer nicht zurückdrängen konnte Bei dieser Politik mußte die SPD FDP-Regierung jedoch grundsätz-liche Zugeständnisse an die sozialistischen Staaten machen, die, wenn sie im Sinne einer konse-quenten Friedens- und Entspannungspolitik verstanden würden, einen echten Fortschritt für die westdeutsche Arbeiterklasse dar-

Am wenigsten interessiert je-doch an einer solchen "Entspan-nungspolitik" wären die westdeutsche Rüstungsindustrien. Ihre Interessen wären gefährdet durch die Einrichtung einer "Europäischen

Sicherheitskonferenz", die eine bei- | tion durchzuführen sein. Deshalb derseitige Abrüstung zur Folge haben könnte.

Diese Rüstungsindustrie hat ihre politische Vertretung in der CDU/ CSU (Wolfgang Pohle, CSU-MdB und Vorsitzender der Friedrich Flick KG, ist Vorsitzender des Arbeitskreises für Rüstungswirt-schaft, den E. W. Mommsen, Staatssekretär im Verteidigungsministerium und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Thyssen-Röhrenwerke eingerichtet hat).

Diese Ostpolitik deckt also einerseits die Widersrprüche zwi-schen der kurzfristig orientierten Interessen der Rüstungsmonopole und den langfristigen Interessen der exportorientierten Monopole auf. Andererseits treten Widersprüche auf zwischen den imerpialistischen Interessen der Monopole an sich und den Friedens und Entspannungsinteressen der arbeitenden Bevölkerung.

Deshalb gilt es, die positiven Ansätze der Ostpolitik weiterzuführen im Sinne einer echten Friedenspolitik, die auf die Einrichtung einer "Europäischen Sicherheitskonferenz" hinzielt. Aber eine

muß man immer wieder allen De-mokraten die Gefährlichkeit dieses Rechtskartells aufzeigen und sie zu einer Gegenbewegung aufrufen.

Aber nicht nur außen- sondern

auch innenpolitisch formiert sich eine antidemokratische Bewegung, die darauf abzielt, demokratische Forderungen nach Mitbestimmung abzublocken. Schon in der durch massiven Druck von unten zuge standenen Mitwirkung an den Hochschulen sehen die Reaktionäre ei-ne Gefahr für die Freiheit der Wissenschaft. Dabei ist ihre Argumentation in sich schon widersprüchlich: da fordern sie Freiheit der Wissenschaft, unterstützen damit aber im Grunde genau die Leute, die die Wissenschaft für ihre Zwekke ausbeuten, die Monopole. Das heißt, sie fordern die Freiheit, um die Abhängigkeit von den Monopolen zu stabilisieren.

Die Gefahren, die diese Formierung der rechten Kräfte im Sinne der Monopole zur Folge hat, innen- sowohl außenpolitisch, kann nur durch ein gemeinsames Vorge-hen aller demokratischen Kräfte der Gesellschaft zurückgeschlagen werden. Den Sozialisten kommt dasolche Politik wird nur gegen den bei die entscheidende Aufgabe zu, äußersten Widerstand der Reak- diese Bewegung in Gang zu setzen. bei die entscheidende Aufgabe zu,

Zur Löwenthal-Veranstaltung

ZITATE

Rußland war 1917 für den Sozialismus nicht reif und für den Kapitalismus am Anfang

Die SU-Ideologie ist das Mittel ihrer Kontrolle in Osteuropa.

Durch die Westpolitik mit der BRD braucht die SU weniger Kraft, um Osteuropa an der Stange zu halten.

Das Ziel der Außenpolitik muß in der harten Welt, in der wir leben, nur die eigene Sicherheit sein.

Zu dem, was ich sage, können Sie keine Zusatzfragen stellen.

Der RCDS-Bundesvorsitzende Languth begrüßte in einem Brief an den SPD-Vorstand den Entschluß, die Zusammenarbeit mit den Kom-munisten zu verurteilen! Gleichzeitig warnte er die SPD vor dem SHB, der durch Schulungsseminare in Leipzig und Ostberlin zu Kom-munisten "umfunktioniert" würde. Außerdem nähere sich der SHB bedenklich dem Spartakus und der DKP. Klar, daß diese Linie dem RCDS nicht paßt, wo dieser doch der Wissenschaft" unterstützt. Langhut fordert die SPD durch die Blume auf, dem SHB die Gelder zu sperren.

Kampf dem Antikommunismus der rechten SPD-Führung!

Schlag auf Schlag Das Rektorat, ständig bemüht, die

feudalen Rechte der Hochschullehrer gegen progressive Ansätze der RUB-Verfassung zu verteidigen, hat wieder einmal zugeschlagen. Opfer ist diesmal die "Rahmenordnung betreffend die Hochschullehrer im Sinne des Art. 8,3 der Verfassung der RUB", die einem Teil der Assistenten die Möglichkeit gibt, in Hochschullehrer- (nicht Ordinarien-)Positionen aufzurücken.

Die am 17. Juli. vom Hauptausschuß des Universitätsparlamentes verabschiedete Rahmenordnung wurde mit Schreiben vom 19. November durch das Rektorat "unverzüglich" angefochten. Die Begründung der Beanstandung kann kaum verdecken, daß hier juristische Ar-gumente gesucht worden sind, um eine politische Entscheidung zu rechtfertigen.

Wie lange wird es noch dauern, bis dieses hervorragende Rektorat sich seiner reaktionären Hintermänner überhaupt nicht mehr erwehren kann und die gesamte RUB-Verfassung als rechtswidrig beanstandet?

Fortsetzung auf Seite 2 Die Reaktion formiert sich in Würzburg! Gründung der "Aktion Widerstand"!

Käthe Strobel bläst zum Angriff

Die studentische Politik der Gegenwart verliert immer mehr ihren offensiven Charakter; es geht primär nicht mehr um die Verbesserung und Stärkung der eigenen Position, es geht heute, so konservativ das auch klingen mag, um die Verteidigung des Bestehenden. Der Staat ist zum Angriff auf die Hochschule angetreten. Neben das Hochschulrahmengesetz tritt voraussichtlich ab 1. 10. 71 das 2. Ausbildungsförderungsgesetz (AFG). Dieses Gesetz kann nicht isoliert betrachtet und beurteilt werden, sondern muß als eine die Formierungsbestrebungen des Staates flankierende Maßnahme auf sozialem Gebiet betrachtet werden.

flüsse der Hochschule bei der Ausbildungsförderung der Studenten verwässern und somit der Ministerialbürokratie die Möglichkeit der Kanalisierung der Studenten eröffnen, d. h. direkt zu entscheiden, wer, wie lange, was und wo gefördert studieren "darf".

Uralte studentische Forderungen nach familienunabhängiger, kostendeckender und darlehensfreier Ausbildungsförderung werden zwar als gerechtfertigt anerkannt, fin-den jedoch im Gesetzestext des Referentenentwurfs so gut wie keinen Ausdruck.

Familienabhängigkeit

Es wäre reaktionär, eine familien-unabhängige Ausbildungsförderung zu fordern, ohne zu sagen: 1. wann diese einzusetzen hätte und 2. wie diese zu finanzieren wäre. Familienunabhängigkeit darf nicht erst an der Universität gefördert werden, denn hier hat die klassenspezifische Selektion der in der Ausbildung sich Befindenden bereits stattgefunden (Anteil der Arbeiterkinder an unseren Universitäten im WS 67/68: 7,5 Prozent männlich, 4,1 Prozent weiblich). Familienun-abhängige Ausbildungsförderung muß also dort einsetzen, wo die Weichen der Ausbildung gestellt werden: in der Kindertagesstätte und Vorschule, also von Anfang an! Nur so läßt sich die Voraussetzung für eine Veränderung der klassen-

Es soll bereits existierende Ein- | spezifischen Zusammensetzung der Auszubildenden in den Bildungseinrichtungen schaffen.

Bei der Frage der Finanzierung muß davon ausgegangen werden, daß alle bisherigen familienpolitischen Finanzierungsmaßnahmen nicht das Ziel der Veränderung des materiellen Gefälles in der BRD anstrebten, der Gesetzgeber hatte vielmehr genau entgegengesetzte Absichten: Die Stabilisierung des bestehenden Gesellschaftssystems durch die Festigung der Familie, jener "wichtigen Ordnungszelle des Staates und natürlichen Urzelle und Kraftquelle der staatlichen Ordnung" (Wuermeling). Diese Stabilisierung kann nur erreicht werden, wenn verhindert wird, daß sich die materielle Situation der Eamilie durch der Anzahl der Kin-Familie durch die Anzahl der Kinder entscheidend verändert. Bei Vergabe von Kindergeld, Steuerfreibeträgen etc. orientiert man sich nicht primär an der sozialen Bedürftigkeit der Familie; der Staat will r vermeiden, daß besonders mittlere und höhere Einkommen in Folge von Kinderreiche kommen in Folge von Kinderreichtum verarmen und ihre soziale Position in Gefahr gerät.

Unteren Einkommensschichten wird eine Unterstützung nur gewährt, um akuten Verelendungstendenzen vorzubeugen, nicht aber um ihre materielle Situation zu verbessern "Der Zwang zum Ver-

Käthe Strobels Ausbildungsförderungsgesetz

zicht ... soll auf ein Maß zurückgeführt werden, das tragbar erscheint und das vor allem die Kinder davor bewahrt, Schaden zu nehmen." (Wuermeling) Die Ablehnung des sozialen Ausgleichs zwischen den Einkommensschichten zeigt den Klassencharakter des Kindergeldsystems.

Beispiel:

Im Jahre 1954 erhielt eine Vier-Kinder-Familie bei 300 DM Einkommen 50 DM Kindergeld und 7 DM Steuerermäßigung, zusammen also 57 DM, hingegen bei 3000 DM Einkommen ebenfalls 50 DM Kindergeld, aber dazu 160 DM Steuervergünstigung, zusammen 210 DM: das 23fache an Steuer-ermäßigung, fast das Vierfache an Gesamtkinderkostenausgleich (Quelle: Haensch, Repressive Familienpolitik). Hohe Kindergelder ermöglichen es, Kindern gehobe-ner Schichten den Lebensstandard und die Ausbildung zu erhalten, die ihrem sozialen Rang entspricht.

Eine Ausbildungsförderung, die die Bildungsfeindlichkeit sozial schwacher Schichten abzubauen bestrebt ist, müßte also den Klassencharakter der bisherigen Familienpolitik beseitigen, indem die soziale Bedürftigkeit Kriterium der Unterstützung ist und nicht der sozial-kulturelle Anspruch, den eine Familie gemäß ihrer Klassenzuge-hörigkeit hat.

Eine familienunabhängige Ausbildungsförderung wäre zu finanzieren, wenn

- 1. die Besteuerung der Höchstein-kommen an die Steuersätze anderer westlicher Staaten ange-
- glichen würde, 2. die Vermögenssteuer (derzeit 1 Prozent) mindestens um die
- Hälfte erhöht würde und 3. bei Austritt aus dem unmittel-baren Familienverband (Antritt des Studiums) der Kinderfreibetrag fortfallen würde.

Die Bundesregierung erklärte in einem Grundsatzbeschluß vom 4. Juni 1970 die Absicht, "die Ausbildungsförderung schrittweise in Richtung auf eine größere Fami-lienunabhängigkeit weiterzuent-

Der vorliegende Referentenentwurf für das 2. AFG läßt von dieser Absicht nichts erkennen, da "die notwendigen Finanzierungsmöglichkeiten nicht gegeben sind".

Eine Ausnahme bildet die Förde-rung der Auszubildenden des 2. Bildungsweges, wenn diese das 24. Lebensjahr vollendet haben (§ 10 Abs. 3). In diesem speziellen Fall wird nur "das Einkommen des Auszu-bildenden und seines Ehegatten" angerechnet. — Diese Regelung ist eindeutig verfassungswidrig: Das Bundesverwaltungsgericht hat ausdrücklich betont, daß Studierende des ersten und des zweiten Bil-dungsweges nach den gleichen Grundsätzen gefördert werden. Geradezu grotesk aber mutet die Tatsache an, daß nicht einmal alle
Studierenden des zweiten Bildungsweges gleich behandelt werden: Vor Vollendung des 24. Lebensjahres wird familienabhängig
gefördert!

Diese Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes läßt sich nach unserer Auffassung nur durch eine allgemeine familienunabhängige Aus-

Ausbildungsförderung ist das Amt oder

für Ausbildungsförderung zustän-dig, in dessen Bereich die Eltern Wohnsitz haben. des Auszubildenden oder, wenn nur In diesen fünf Fällen ist das Amt noch ein Elternteil lebt, dieser den ständigen Wohnsitz haben."

Dieser Paragraph hat zwei Konsequenzen für den Auszubildenden: 1. Die Ausbildungsförderung wird den Ausbildungsstätten entzogen und in die Hände von Behörden gelegt, die in keinem Bezug zur Ausbildungsstätte stehen.

Zwar sieht der Referentenentwurf auch die Einrichtung von Förderungsausschüssen bei den Ausbildungsstätten vor, die jedoch keine Organe der Ausbildungsstätten sind, sich aus einem Mitglied des Lehrkörpers und einem Vertreter der Auszubildenden zusammenset-zen und von einem Vertreter des Amtes für Ausbildungsförderung geleitet werden. Von einer qualifizierten Mitbestimmung der Betroffenen in den Ausschüssen kann hier keine Rede sein. Die Förderungsausschüsse haben die Aufgabe, gutachtliche Stellungnahmen abzugeben, die vom Amt für Ausbildungsförderung angefordert werden und an die die Verwaltungsorgane nicht gebunden sind.

Die Förderungsausschüsse wirken in folgenden Fällen durch gutachtliche Stellungnahmen (§ 33) über die Leistung von Ausbildungsförderung für

a) eine weitere Ausbildung (Zweitstudium),

o) eine andere Ausbildung nach Abbruch einer Ausbildung aus wichtigem Grund, c) eine Ausbildung nach Über-

schreitung der Altersgrenze (30. Lebensjahr),

d) besondere Härtefälle, e) Überschreitung der Höchstför-derungsdauer aus schwerwiegendem Grund.

Die Entscheidung, ob "wichtige" oder "schwerwiegende Gründe" vorliegen, wird letztlich von A. F.-Ämtern getroffen, und es muß die Frage gestellt werden, ob ausbildungsferne Behörden die genügende Sachkenntnis aufbringen, um derartige Aufgaben sachgerecht lösen zu können.

2. Über die Förderungswürdigkeit wird nicht mehr wie bisher in den Ausbildungsstätten entschieden, sondern in ausbildungsfernen Ämtern, die sich am "gewöhnlichen Aufenthaltsort der Eltern" befin-

Damit wird die Familienabhängigkeit entgegen dem Beschluß der Bundesregierung vom 4. Juni 1970 (s. o.) gegenüber der Allgemeinen Studienförderung nach Honnef verstärkt. Der § 36 übersieht die Tatsache, daß die Familienbindung zumindest für den Gesamthochschulbereich weitgehend nicht mehr gegenbereich

Er ignoriert ebenso, daß es hier nicht um Schüler und Lehrlinge geht (wie beim 1. AFG), die meist noch über stärkere Bindungen an die Familie verfügen, sondern um Personen, die meist nicht mehr im Familienverband leben und die, wenn sie nicht schon die Volljährigkeit besitzen, so doch bereits wehrpflichtig und im Besitz des aktiven Wahlrechts sind.

Abgesehen wird von der Regelung, die zuständige Behörde an den elterlichen Wohnsitz zu legen,

a) der Auszubildende ein Abendgymnasium oder Kolleg besucht, b) der Auszubildende verheiratet

c) die Eltern nicht mehr leben, § 36 (örtliche Zuständigkeit) lau- d) seine Elternteile ihren ständigen Wohnsitz nicht in dem Bezirk "1. Für die Entscheidung über die desselben Amtes für A. F. haben

am Wohnsitz des Auszubildenden für dessen A. F. zuständig.

Alle Argumente bezüglich der angeblichen Vereinfachung Verwaltungsverfahrens bei der Verlegung der A. F.-Ämter an den Wohnsitz der Eltern, die zudem noch falsch sind, können doch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß hier familienideologische Momente den Ausschlag gaben.

Nach dem letzten Hearing des Familienministeriums ist diese Regelung von fast allen Beteiligten scharf angegriffen worden. Ob die mündliche Zusage von Frau Strobel stichhaltig ist, die A. F.-Ämter nun doch an den Ort zu legen, wo sich auch die Ausbildungsstätte be-findet, wird sich noch zeigen.

Eignung

Vielsagend heißt es in § 8:

1. Die Ausbildung wird gefördert wenn die Leistungen des Auszubildenden erwarten lassen, daß er das angestrebte Ausbildungsziel er-reicht. 2. Dies wird angenommen, solange er die Ausbildungsstätten besucht und die bei dem Besuch einer Hochschule erforderlichen (Leistungs-)Nachweise erbringt.

Dieser Paragraph verspricht eine tatsächliche Verbesserung gegen-über bisherigen Regelungen, da nur eine "schlichte Eignung" Vor-aussetzung für die Förderung ist.

In § 39 jedoch kommt der Haken zutage, indem es heißt: Vom fünften Fachsemester an wird A. F. nur geleistet, wenn der Auszubildende Zeugnisse oder Bescheide vorgelegt hat, aus denen sich seine Eignung (§ 8) ergibt.

Ob sich diese Eignung ergibt, entscheidet wieder das Amt für A. F. in Versmold oder Vilshofen. Die schlichte Eignung kann zudem nach Gutdünken des Ministeriums manipuliert werden. Wenn beispielsweise erst die Eignungsprüfung dem Studenten Zutritt zur Univer-sität verschafft, wie es Leussink plant, dann ist das Abitur nicht viel mehr als ein Stück Papier.

Forderungen der Studenten

Beim letzten Sozialreferententreffen in Freiburg am 27. November wurde nach gründlicher Analyse des vorliegenden Referentenent-wurfs folgender Forderungskatalog aufgestellt:

 Familienunabhängigkeit
 Kostendeckung (durch Bedarfsanalyse zur kostendeckenden Förderung)

3. keine Darlehensbasis 4. Eignungsprüfung und -nach-weis entfallen

5. Aufhebung der Höchstförde-

rungsdauer qualifizierte Mitbestimmung der Betroffenen in den Ausschüssen 7. Die Bechlüsse der Förderungsausschüsse sind bindend für die Verwaltung

8. Verwaltung am Hochschulort 9. Volle Gültigkeit für unbegrenz-

tes Auslandsstudium 10. Zweitstudium gleich Erststu-

dium Diese zehn Punkte bilden die Schwerpunkte studentischer Politik in bezug auf die Ausbildungs-förderung. Ob sie in das am 1. Oktober 1971 in Kraft tretende 2. Gesetz zur Ausbildungsförderung Eingang finden werden, darf schon im voraus bezweifelt werden, denn hier geht es nicht um eine isolierte sozialpolitische Maßnahme, hier geht es um das Bestreben des Staates, die Universität für die Interessen nutzbar zu machen, die sich in ihm darstellen. Michael Holzach

Der Weihnachtstip!

Nehmen Sie sich den dsr-Winterprospekt, suchen Sie sich eine schöne Reise aus und lassen sich dieselbe zu Weihnachten schenken. Noch sind die meisten unserer Skireisen frei, doch es wird nicht mehr lange dauern ...

zu Silvester empfehlen wir:

Skireise per Bus nach Rauris mit Vollpension vom 26. 12. 70 - 6. 1. 71 zu DM 279,-Busreise nach Paris vom 30. 12. 70 — 4. 1. 71 mit Übernachtung und Frühstück zu DM 109,50

Studenten-Reisedienst Bochum

Lennershofstraße 66, Baracke 8, Telefon 51 1457 und 3993980

Die neue Hitlerjugend ist schon da!

gierig leckenden bundesdeutschen

Die rechtsextremistische Clique "National-revolutionären Jugend" in Westberlin veröffentlichte anläßlich einer Charlottenburger (Berlin-West) SPD Veranstaltung folgendes Flug-

An alle Mitglieder, Freunde und Interessenten:

Nachdem unsere erste Widerstandsaktion gegen Heinrich Albertz für den Anfang relativ erfolgreich verlaufen ist, wollen wir uns nun anderen Vertretern der Berliner Linken zuwenden. Als geg-

nerische Kräfte der Linken haben für uns dabei besonders jene zu gelten, die einen strengen außenpolitischen Linkskurs einschlagen und ständig die "Anerkennung aller Realitäten' fordern, ohne selbst neue Realitäten für Deutschland zu schaffen. Es sind jene, die stets



NUR WIR WERDEN DAS ÄNDERN

... den Speichel fremder Mächte | von der Emanzipation des Einzelnen reden und dabei doch das ganze Volk in seiner Abhängigkeit von fremden Weltmächten belassen oder es sogar in eine noch stärkere Unterdrückung durch den Sowjet-Imperialismus führen. Diese außenpolitischen Linksextremisten sind unsere Hauptgegner.

> Zwei Vertreter dieser devoten, den Speichel fremder Mächte gierig leckenden bundesdeutschen Linken, die eine Politik der Schuldkomplexe betreibt und damit die Zukunft der jungen Generation zu verspielen droht, diskutieren am Freitag, den 27. November 1970, 20 Uhr, in der Aula der Lietzenseeschule, Berlin 19, Witzlebenstraße 34/35. Es sind die Herren Klaus Schütz und Harry Ristock, zu denen man wohl nichts mehr erörtern muß. Ihre völlig destruktive Rolle im öffentlichen Leben Berlins ist weitgehend bekannt. Die Herren ,diskutieren' (besser: propagieren) über das Thema 'Verständigung bringt Sicherheit — Der Moskauer Vertrag'. Ohne Fragezeichen?!

Nun denn, da fühlen wir uns angesprochen, weil wir dazu etwas zu sagen haben. Die Diskussionsleitung haben natürlich ebenfalls zwei linksgerichtete Genossen, Günter Spruch und Jürgen Eckert (Jungsozialisten). Wie sollte auch sonst eine echte Diskussion stattfinden! Unsere Anwesenheit ist also dringend erforderlich, damit es nicht allzu primitiv und simpel zugeht.

Die National-revolutionäre Jugend Berlins wird damit ihre Widerstands- und Kontrollaktionen kontinuierlich weiterentwickeln und dabei mit Intelligenz und Entschlossenheit den politischen Gegner überwinden. National-revolutionäre Jugend

Berlins

STUDIENKREIS FILM

FILMCLUB AN DER RUHR-UNIVERSITÄT

die nächsten Filme:

Mi., 9.12.: WARUM LÄUFT HERR R. AMOK? - von Rainer W. Fassbinder, Michael Fengler - BRD

+ Gregory J. Markopoulos: FLOWERS OF ASPHALT -

Do., 10. 12.: ACCIDENT -ZWISCHENFALL IN OXFORD von Joseph Losey - Großbritannien

+ Geoffrey Jones: SNOW - GB 1963

Mi., 16. 12.: SUSANNA -**TOCHTER DES LASTERS** von Luis Bunuel -Mexiko 1951

+ Walerian Borowczyk: LES JEUX DES ANGÉS

Do., 17.12.: GEBROCHENE **BLÜTEN von David Wark** Griffith - USA 1919 + Dore O.: ALASKA –

jeweils um 18 u. 20.30 Uhr im HNA 600

Fr., 11. 12. bis So., 13. 12.: Seminar: PRASENTATION UND REZEPTION VON SEXUALITÄT IM FILM

STUDIENKREIS FILM

sucht dringend für Unterbringung auswärtiger Seminarteilnehmer

Studentenbuden

die übers Wochenende 11./13. 12. frei sind. Vergütung je nach Regelung der Heime oder höher. Auch Privatquartiere sehr will-

Bitte helft den Kommilitonen, die die überhöhten Hotelgebühren nicht zahlen können, stellt Eure Buden zur Verfügung! Ruft an: 399 3364 (Uni: 33 64) oder meldet Euch bei LA NOTTE und in der kommenden Woche! Danke. SkF

wenn (§ 36, Abs. 2)

Zuständigkeit

bildungsförderung beseitigen. Ortliche und sachliche

Aus Bayernkurier Der Generalstaatsanwalt des US-

Staates Florida stellte bei einem Mitglied der amerikanischen Kommunistischen Partei eine Anleitung "Regeln für die Revolution" sicher. Darin heißt es u. a.: "Verdirb die Jugend, entfremde sie der Religion. Wecke ihr Interesse für den Sex. Lasse sie oberflächlich werden. Er-lange Kontrolle über alle Publikationsmittel. Entziehe dem Volk das Interesse an seiner Regierung durch Fesselung seiner Aufmerksamkeit mit Sport, sexuellen Bü-chern und Spielen sowie mit anderen Trivialitäten. Spalte das Volk in feindliche Gruppen, indem auf unwichtigen Streitfällen herumgeritten wird. Zerstöre das Vertrauen des Volkes in seine Führer, indem diese der Verachtung, dem Spott und dem Tadel ausgesetzt werden. Sprich ständig von Demokratie, ergreife aber die Macht so fest und unbarmherzig wie mög-lich. Vernichte den Kredit der Regierung durch die Entfachung einer allgemeinen Unzufriedenheit. Rege Streiks in den lebenswichtigen Industrien an. Schüre öffentliche Unruhen, pflege eine nachsichtige und weiche Haltung auf seiten der Regierung gegenüber solchen Unruhen. Verursache durch besondere Argumente den Zusammenbruch aller moralischen Tugenden, Ehrlichkeit, Sauberkeit, Mäßigung, den Glauben an ein gegebenes Wort." Wenn diese "Regeln" auch speziell gegen die Regierung Nixon gerichtet sind, könnten sie abgewandelt ebenso für alles, was sich auf der radikalen Linken in der Bundesrepublik herumtreibt, gelten. h.r.



SPD-Cheftheoretiker Professor Löwenthal in Bochum

Fortsetzung von Seite 1

voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshori-zont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: "jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Be-dürfnissen!" (Kritik des Gothar-Programms)."

Die in bezug auf diese Problematik wesentliche Frage, die Löwen-thal nicht aufwarf, und die hier auch nur genannt werden kann, ist die: Welche Theorie des internationalen Klassenkampfes dient der Sowjetunion zur Ableitung ihrer konkreten Politik im Inneren Wie auch nach außen — und ist ihre konkrete Wirtschaftspolitik mit dieser Theorie vereinbar? (Eine ausführliche Antwort auf diese Frage findet sich im Moskauer Hauptdokument der internationalen Beratung kommunistischer Arbeiterparteien von 1969, in dem das Zusammenwirken aller Abteilungen der revolutionären Bewegung im anti-imperialistischen Kampf analysiert wird). 2. Die These, das die Verände-

rung der ökonomischen Basis im Zuge der wissenschaftlich-technischn Revolution zu einer Veränderung des Überbaus im Sinne einer Liberalisierung ala CSSR führen müsse, vermittelt durch die Aktivitäten der neuen wissenschaftlich-technischen Intelligenz, stellt lediglich eine mit marxistischen lediglich eine litte Behaupt-Begriffen angereicherte Behaupt-tung dar, die durch nichts zu stitzen ist. Weder lassen sich stützen ist. Weder lassen sich Anzeichen dafür feststellen, daß die Fülle der naturwissenschaftlichtechnischen Intelligenz anti-sozialistische Neigungen entwickelt bzw. entwickeln müßte, noch ist auf diesem Gebiet irgendeine Behinderung der Informationsmöglichkeiten zu erkennen. Auch gibt es keinerlei Anzeichen dafür, daß nicht gerade die erfolgreiche Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution das gesellschaftliche System des Sozialismus in der UdSSR weiter festigen, damit gewisse Formen der Machtausübung zunehmend überflüssig machen und in der Konsequenz die Integration bzw. Neutralisierung noch vorhan-dener Gegenkräfte erleichtern wird.

3. Legt man dem Sozialismus unter anderem zu Grunde, daß er eine Gesellschaftsformation dar-stellt, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben, auf eine militaristische Politik.

die Produktion nach einem Plan geleitet wird und dieser Plan aus den Bedürfnissen der Bevölkerung resultieren muß, so bedeutet die Auflösung der Plankommissionen in der CSSR unter den "Refor-mern" Dubcek, Sik usw. zweifellos die Verletzung eines wesentlichen sozialistischen Prinzips und die versuchte Einführung der Anarchie des Marktes im Sozialismus. Wohin das in der Perspektive ann man sich bereits heute in Jugoslawien ansehen: Zyklische Wirtschaftsentwicklung, verstärkte Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von imerpialistischen Staaten (USA BRD), was wiederum Konsequenzen in bezug auf die Außenpolitik zeigen muß.

Für Löwenthal als Chef-Theoretiker der SPD-Spitze ist Jugoslawien natürlich der einzige in Ansätzen sozialistische Staat und selbstverständlich strebt er innerhalb der längerfristigen Ostpolitik eine Sozialdemokratisierung der DDR oder der anderen sozialistischen Länder an, die sie auf den gleichen Weg wie die CSSR in Richtung auf eine allmähliche Restauration des kapitalistischen Systems führen soll. Logischerweise vestieg sich Lö-wenthal in der Diskussion zu der Behauptung, daß Marx nie etwas von der Notwendigkeit der Planung der gesellschaftlichen Entwicklung und deren Grundlage der ökonomik geschrieben habe. Gerade damit beschäftigt sich der

wesentliche Teil des "Kapitals" zum Beispiel bei der Ableitung von Reproduktionschemata. Kein Wunder, daß R. Löwenthal, Mitbegründer des "Bundes Freiheit der senschaft" auch zugleich Mitver-fasser des Aktionseinheitsverbotes zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ist, das der SPD-Vorstand vor zwei Wochen erlas-So begreiflich dieser Unmut über

diese, in ihrem Wesen nach gleich anti-sozialisitsche Politik auch ist, so notwendig ist dennoch gerade jetzt die Unterstützung der neuen Variante der Ostpolitik gegenüber den reaktionärsten Kreisen des Monopolkapitals in der CDU/CSU, NLA, Aktion Widerstand usw., die verhindern wollen, daß die Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern endlich im Rahmen einer friedlichen Ko-Existenz ausgetragen wird unter Anerken-nung der Realitäten und Verzicht

Professor Biedenkopf und sein Plan

Wer es bis jetzt noch nicht wußte, der weiß es jetzt. Biedenkopf möge sein Vorbild sein. Manche haben es immer schon gewußt: da steckt was

Unauffällig klein, brav und bieder, so ist er zum Rektor geworden; geschickt zu allen Seiten ofkönnte er heute Berater von Strauß und morgen Mitglied der SPD sein. Daß er sich schließlich doch für die CDU entschlossen hat, wird schon seinen Grund haben. Technokrat durch und durch, das ist er: Biedenkopf. Und weil er es nun mal ist, so plant er auch seine Zukunft.

Die Möglichkeit, daß er sich verplant, ist bei weitem nicht so groß, als daß er die Studenten verplant. Und wie sieht er aus der große Plan? Da fängt man mal an mit 10 Jahren Wissenschaft, weil doch da der Ursprung allen Geistes ist und selbstverständlich wird man dann auch gleich Rektor, weil man doch immer vorne sein muß.

Und dann kommt der erste Sprung: hinein in die Industrie, ins Top-Management; die zweite Phase der Lehrzeit beginnt (Biedenkopf nennt das "Kommunikation zwischen den verschiedensten Bereichen unseres Staates")! Aber irgendwie muß man ja erfahren, was so ein Monopolunternehmen wirklich ist: erst forscht man 10 Jahre für es und in 10 Jahren will man seine Interessen wohlfeil vertreten. Und da nach Biedenkopf die "politischen Ent-scheidungen in der Endphase nur aus der Intuition heraus fallen können und diese Intuition auf der Erbei der CDU schon machen.



fahrung beruht" sorgt er natürlich dafür, daß er die rich-tige Erfahrung bekommt und auch somit die richtigen Intuitionen: deshalb Henkel.

Die erste Intuition hatte er dann auch gleich, als er sagte: "Der universitäre Freiheitsraum müßte endlich von dieser politischen Auseinandersetzung befreit werden, weil die Hochschule auf die Dauer in einer solchen Situation nicht existieren könne. Die politischen In-stanzen, Regierung und Parteien müßten diese Auseinandersetzung übernehmen (Handelsblatt 17. 11. 1970). Einzige Voraussetzung: 10 Jahre Top-Manager bei einem Großunternehmen, denn sonst könnte die Auseinandersetzung "schief laufen".

Biedenkopf weiß, was die Mono-

Franco-Jerror AStA-Erklärung

Der Vorstand der Studentenschaft hat aufgrund der Terrorjustiz in Spanien — die BSZ berichtete be-reits darüber — folgenden Brief an Bundeskanzler Willy Brand, das spanische Konsulat in Bonn, den Justizminister in Madrid und den Militärgouverneur in Burgos geschickt:

Protest gegen die Terrorjustiz in Spanien!

16 baskische Bürger, unter ih-nen zwei Priester, sollen von der spanischen Militärgerichtsbarkeit mit sechs Todesurteilen und 754 Jahren Zuchthaus bestraft werden. Ihnen werden der Mord am ehemaligen Chef der politischen Polizei und weitere politische "Verbrechen" zur Last gelegt. Der Ankläger fordert diese überaus harten Strafen, obwohl er keinen Zeugen der ANKLAGE BEIBRINGEN kann. Er stützt sich vielmehr auf eine faschistische Prozeßordnung des spanischen Kriegsrechtes, nach der das Gericht Strafen verhängen kann, indem es allein dem Gutachten des Richters vertraut. Als Beweismaterial dient in diesem nach einem Schnellverfahren abgewik-kelten Prozeß allein die politische Vergangenheit der Angeklagten.

Der Einsatz dieser schmutzigen faschistischen Methoden bezweckt nichts anderes, als die Einschüchterung des Volkes, die Unterdrükkung jedes demokratischen Widerstandes.

Der AStA Bochum solidarisiert sich mit den Opfern der spanischen Klassenjustiz und fordert die sofortige Rücknahme der faschistischen Maßnahmen.

Resolution gegen die Reaktionäre

Am 18, 11, hat sich in Bonn ein "Bund Freiheit der Wissenschaft" gegründet, dessen wichtigstes Ziel darin besteht, die "Sicherung der staatlich kontrollierten Selbstbestimmung . . . der Lehrkörper in allen Fragen der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Qualifizierung" zu erreichen.

Jegliche Möglichkeit studentischer Einflußnahme auf die wesentlichen Entscheidungen über Inhalt und Organisation von Forschung und Lehre soll ausgeschaltet werden. Im "Bund Freiheit der Wissenschaft" finden sich daher all jene zusammen, die mit dem Mittel der Verteufelung der linken Studentenbewegung und unter Ausnutzung traditioneller Studentenfeindlichkeit an den Hochschulen wie auch in der Gesamtgesellschaft den Boden bereiten wollen für eine Durchsetzung der reaktionären Hochschul-

Im einzelnen sehen diese folgende Formierungsmaßnahmen vor:

— die Beschränkung studentischer Mitbestimmung auf bedeutungslose Mitwirkung bei der Ausführung staatlicher Pläne

Integration von studentischer Opposition und Auflösung der politischen Interessenvertretung durch die verfaßte Studentenschaft (AStA)

Verewigung des Numerus Clausus, Aussiebung der Studienbewerber

Aufteilung der Studenten auf ein Massen- und ein Elitestudium Einzwängen der Mehrzahl der Studenten in ein 6-Semester-Kurzstudium mit Stundenplan und Studienüberwachern Ausgliederung der Lehramtskandidaten

Gegen diese Bestrebungen müssen wir verstärkt vorgehen und die Sammlung der rechten Kräfte in der Universität zu verhin-

Alle Professoren, Assistenten und Studenten, die dem "Bund Freiheit der Wissenschaft" beitreten, müssen gezwungen werden, sich der universitären Öfsentlichkeit zu stellen. Ihren Einfluß in der universitären "Selbstverwaltung" gilt es zurück-

 Wir müssen in den Abteilungen die Durchführung der einzelnen Maßnahmen des HSchRG frühzeitig bekämpfen, konkrete Gegenforderungen eines wissenschaftlichen Studiums erarbeiten und deren Realisierung anstreben.

 Gegen die zentralen Formierungsbestrebungen wird der AStA eine Versammlung aller progressiven Mitglieder der Universität zusammen mit Schülern, Eltern und Lehrern organisieren und eine anschließende gemeinsame Demonstration in Bochum

Die Bochumer Studentenschaft wird sich an der Vorbereitung und Durchführung des überregionalen Gegenkongresses des VDS am 18. Dezember beteiligen.

So wurde Saß Staatskommissar!

Die Reaktionäre im Senat können zufrieden sein. Nachdem das Rektorat die neue Wahlordnung zum Universitätsparlament angefochten hatte und das Verwaltungsgericht Neuwahlen nach der alten Wahlordnung abge-lehnt hat, ist bis zur Entscheidung des Gerichts über die neue Wahlordnung die Durchführung von Neuwahlen zum UP nicht möglich. Die gerichtliche Entscheidung kann noch Monate dauern, da Minister Rau notfalls Berufung einlegen will, um die vom UP im Juli beschlossene Wahlordnung zu verhindern.

Minister Rau hat nun auch zwei Lösungen für die Übergangszeit abgelehnt, die die innere Autonomie der RUB weniger beeinträchtigt hätten: nämlich Verlängerung der Amtszeit des UP oder Einsetzung des Haupt-ausschusses des UP zur Wahrnehmung der Rechte des UP (Vorschlag der Studentenschaft und Assistentenschaft).

Wegen "rechtlicher Bedenken" wählte er den schärfsten Eingriff, die Einsetzung einer Einzelperson zur Wahrnehmung der Rechte und Pflichten eines parlamentarisch-repräsentativen Gremiums!

Natürlich gibt sich Rau fein fürsorglich um die Verfassungsrechte der RUB bemüht, und Saß mag daran auch glauben. Aber trotz der wohltönenden Briefe (s. u.) dürfte klar geworden sein, daß demokratische Rechte in der Universität erst noch gegen Ministerium, Rektorat und Senat von uns erkämpft werden müssen!

Herrn Dr. Hans-Martin Saß 463 Bochum-Querenburg Buscheystraße d. d. Hand des Rektors

Sehr geehrter Herr Dr. Saß, hiermit beauftrage ich Sie mit der Wahrnehmung der Befugnisse des Universitätsparlamentes schließlich des Vorsitzenden des Universitätsparlaments der Ruhr-Universität Bochum.

Die Beauftragung beruht auf § 49 Abs. 3 HSchG und endet spä-testens mit dem Zusammentreten eines neu zu wählenden Universitätsparlaments. Die Beauftragung ist notwendig geworden, weil die Amtsperiode des ersten Universitätsparlaments, die gem. Art. 19 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Art. 61 Abs. 1 HV ein Jahr dauert, abgelaufen ist und aus Rechts-gründen ein neues Universitätsparlament z. Z. nicht gewählt werden kann. Sie hat zum Ziel, die volle Wiederherstellung der hochschulverfassungsmäßigen Ordnung an der Ruhr-Universität Bochum vorzubereiten und zwischenzeitlich die Rechte und Pflichten des Universitätsparlaments zu wahren.

Ich gehe davon aus, daß die Wahl zum zweiten Universitätsparlament innerhalb von längstens 2 Monaten nach Rechtskraft des noch ausstehenden Urteils des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen in der Rechtssache 4 K 1031/70 erfolgen wird. Als Beauftragtem stehen Ihnen alle Befugnisse des Universitätsparlaments und seines Vorsittätsparlaments und seines Vorsitzenden zu... Dabei steht es ihnen frei, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Sie sich der beratenden Mitarbeit von Mitgliedern der einzelnen Gruppen von Hochschulangehörigen bedienen wollen.

Für Ihre Bereitschaft, den Auftrag zu übernehmen, danke ich Ihnen. Zugleich wünsche ich Ihnen erfolgreiches Wirken zum Wohle der gesamten Universität.

Mit freundlicher Empfehlung Johannes Rau

An den Herrn Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW 4000 Düsseldorf 1 Karltor 8 Betr.: Erlaß Nr. I A 3 43-02/3 Nr. 14 678/70

Sehr geehrter Herr Minister! Ich habe Ihren Erlaß vom 23. 11 1970 am 27. 11. 1970 erhalten und bestätige die Annahme der Beauftragung mit den Befugnissen des Universitätsparlamentes.

Unter der Voraussetzung der Rechtsauffassung Ihres Hauses, daß die Legislaturperiode für die bisherigen Mitglieder des Universi-

tätsparlamentes abgelaufen ist, und daß gemeinsame Einsetzung der bisherigen Mitglieder des Universitätsparlamentes oder seines Hauptausschusses, wie sie von verschiedenen Seiten aus der Ruhr-Universität Bochum beantragt war, nicht möglich ist, sehe ich in der Annahme der Beauftragung die einzige Chance, daß für den unerfreulichen Zwischenzustand bis zum Zusammentritt des neuge-wählten Universitätsparlaments dessen Rechte im Rahmen der Verfassung wahrgenommen werden können. Ich werte die Beauftragung des Vorsitzenden des Universitätsparlamentes als eine ausdrückliche Anerkennung der bis-herigen Arbeit aller Mitglieder des Universitätsparlamentes, die mit gemeinsamen Anstrengungen ge-gen vielfältige Hemmnisse an der Verwirklichung des Verfassungsauftrages gearbeitet haben.

Ich werde die Beauftragung so ausüben, daß auf der von Ihnen gewählten rechtlichen Basis ein Maximum der bisherigen Beratungs-und Entscheidungsprozesse weiterlaufen kann, wie sie von der Ver-fassung der Ruhr-Universität vorgesehen sind.

Dabei werde ich

1. die Zuständigkeiten des Aufgabenkatalogs des Universitätsparlaments nach Art. 20 der Verfassung RUB dadurch ausüben, daß ich den bisherigen Mitgliedern des 3. und 4. Hauptausschusses die zur Entscheidung anstehenden Fragen vorlegen und mich an ordnungsgemäß zustande gekommene Beschlüsse dieser Gremiums binden, die Zuständigkeiten, die mit der

Berichts- und Rechenschaftspflicht des Rektorats dem Universitätsparlament gegenüber zusammenhängen, unter anderem dadurch wahrnehmen, daß ich Anfragen an das Rektorat von allen Mitgliedern der Ruhr-Universität übernehme und sie zusammen mit der Antwort veröffentlichen werde,

die bisherigen Ausschüsse des Universitätsparlaments bitten,

weiterhin tätig zu sein.

Sollten Sie, sehr geehrter Herr Minister, diesen Absichtserklärungen nicht zustimmen können, so darf ich Sie bitten, dieses Schreiben als Ablehnung der Beauftragung zu werten. Da der Beauftragte seine Aufgaben nur in einem durch Transparenz und Kooperation de-finierbaren Klima ausüben kann, werde ich Ihren Erlaß und mein heutiges Antwortschreiben morgen innerhalb der Ruhr-Universität öffentlich machen.

Mit verbindlichem Gruß Hans-Martin Saß

Teach-in gegen Formierung

Studenten setzten Z

Klärung der Stoßrichtung unserer

Das Teach-In am 19. 11. war entgegen skeptischen Voraussagen in zweifacher Hinsicht ein Fortschritt für die Studentenschaft:

die Zahl von 350-400 Kommilitoninnen und Kommilitonen im Vergleich zu Veranstaltungen des letzten ML-AStA mit 100 oder 50 im Sommersemester zeigt, daß viele Studenten die Schwerpunkte der AStA-Arbeit richtig finden und daß die Demobilisierung im letzten Semester eher auf die Selbst-isolierung des SDS/ML durch ideologische Verwirrung und Handwerkelei zurückzuführen ist;

die beiden Resolutionen wurden mit wenigen Gegenstimmen angenommen. Diese Beschlüsse, die den Kampf gegen den "Bund Freiheit der Wissenschaft" und gegen die Formierung durch das Hochschul-rahmengesetz für die RUB konkretisieren, können als Anfang ei-ner realistischen Hochschulpolitik der aktiven Studenten mit Koordinierung durch den AStA gesehen

Das 1. AStA-Teach-In brachte eine | bald wie der RCDS mit den "reformwilligen Kräften" im Bund Freiheit d. W. arbeiten werde.

> Ungeheuer politisch war auch das Auftreten der ML-Gruppen KSB und KJVD. Letzterer wollte das Teach-In wegen des Fotos in der letzten BSZ gegen den AStA um-funktionieren, was die Versammlung aber nach kurzer Distanzierung seitens des AStA ablehnte. Ansonsten glänzten diese Gruppen durch Enthaltung oder Gegenstim-men bei der Abstimmung.

Insgesamt wurde auf die konkreten Folgerungen der Resolutionen zu wenig eingegangen. Kampf gegen die Freiheitsbündler und gegen die Formierung wurde be-schlossen, die Durchführung der Versammlung aller Studenten, Schüler, Lehrer und Assistenten in Bochum und der vds-Gegenkongreß aber noch nicht konkretisiert. Das muß auf dem nächsten Teach-In am 15. 12. gleistet werden

Wichtig war, daß die Konfliktstrategie in den Gremien trotz halt-loser Polemiken der BSU, die aus Profilsucht dagegen stimmte, jetzt wohl allgemein verstanden ist und



zu lange bei einem Gerangel mit der BSU auf, die doch lieber scharf trennen wollte zwischen Hoch-schulrahmengesetz und "Bund Freiheit d. W." um nicht den Glauben an die Reformfreudigkeit der Sozialliberalen aufgeben zu müssen; Herbert Molderings sagte der BSU wohl zu Recht voraus, daß sie gelegt werden.

Die Diskussion hielt sich leider daß die konkreten Tagesforderun-u lange bei einem Gerangel mit gen propagiert wurden. Die Konfliktstrategie im Falle Staatskommissar kann am Mittwoch bei der ersten Sitzung des Herrn Saß weiter entwickelt werden.

Auf dem 2. Teach-In am 15. 12. werden auch weitere Vorschläge zur Arbeit in den Projektbereichen vor-

SHB-BDV: Theorie klären

Die 11. BVD des SHB brachte eine Intensivierung der politischen Diskussion auf einem für solche Versammlungen neuen theoretischen Niveau. Nachdem der SHB, schon seit langem mitgliederstärkster Studentenverband, im letzten Jahr die Studentenpolitik an immer mehr Hochschulen und jetzt auch im VDS bestimmte, wurde es Zeit für eine verbindliche Theoriediskussion mit dem Ziel der Vereinheitlichung der Praxis der Gruppen. Zentrale Seminare zu hochschulpolitischen Grundsatzfragen, Gruppenvertreterkonferenzen und Theorieseminare für die vielen neu entstandenen Gruppen an kleineren Hochschulen sollen vorbereiten auf eine Programm-BDV im Sommersemester 1971.

auf eine kritische Einschätzung der Rolle der SPD-Regierung und auf die Bildungspolitik, wobei die Auseinandersetzung um den VDS-Plattformentwurf ihre Fortsetzung fand. Dazu lagen umfangreiche theoretische Analysen der Gruppen aus Köln und Bonn vor, Gegenpapiere einer Gruppierung um Göttingen, Bochum, Hannover sowie Papiere aus Frankfurt, aus Heidelberg und Freiburg.

Die Ostpolitik der Bundesregierung wurde in ihrer Ambivalenz als Expansionsinteresse der ex-portorientierten Wirtschaft und als eine für die sozialistischen Kräfte vorteilhafte Entspannung darge-stellt und der Aufruf zu einer europäischen Sicherheitskonferenz unterstützt.

Scharf verurteilt wurde der Beschluß des SPD-Parteirates, der die Zusammenarbeit mit Kommunisten verteufelt und dagegen die Aufhebung des noch immer folgenreichen KPD-Verbotes gefordert.

Die Kritik an der imperialistischen Politik des Entwicklungshilfeministeriums führte zu einem Aufruf an alle Gruppen, insbesondere Aktionen gegen Gabora Bassa zu unterstützen.

Zur Bündnispolitik des SHB wurde kein Antrag verabschiedet; gegenüber der Kölner Fraktion, die vor allem mit Spartakus zu-

Die Diskussion konzentrierte sich sammengehen will, betonten die anderen Gruppen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit allen linken Gruppen.

> Die intensivsten Auseinandersetzungen gab es um das Thema Bil-dungspolitik. Da jedoch keines der vorgelegten Papiere zur Bildungspolitik, zum Hochschulrahmengesetz und zur Mitbestimmungsfrage ausdiskutiert werden konnte (denn hier traten Gegensätze zwischen mehr theoretisch orientierten Gruppen wie den Kölnern und solchen mit langjähriger Praxis in der Studentenpolitik — Göttingen, Bochum etc. — hervor), beschloß man, folgende Probleme auf zentralen Seminaren weiter zu bearbeiten:

- wissenschaftlich technische Re-volution und Produktivkraft Wissenschaft
- Klassenlage der Intelligenz Probleme der Gesamthochschule

Bei der Wahl des Bundeszentralrats war erst nach längerer Diskussion ein Kompromiß zwischen den Gruppierungen um Göttingen, Bochum, Hannover einer-seits und um Köln, Bonn, Gießen andererseits möglich: gewählt wurden Kurt Wand (Hamburg), Stefan Albrecht (Bonn), Michael Stamm (Gießen), Reinhard Tegtmeier (Hannover) und Reinhard Zimmermann (Bochum).

Zur Erweiterung unserer Fachredaktion

junge(n) Neuphilologen(in)

In Betracht kommen Damen und Herren, die ihr Examen abgelegt haben und sich für die Arbeit in einem Verlag interessieren. Bewerber(Innen) mit den Fächern Französisch und Englisch werden bevorzugt.

Nach Einarbeitung besteht die Möglichkeit, innerhalb der Fachredaktion einen eigenen Verantwortungsbereich zu

Zuschriften mit handgeschriebenem Lebenslauf und Zeugniskopien erbeten an die Geschäftsleitung

VERLAG LAMBERT LENSING GMBH 4600 Dortmund, Westenhellweg 67, Telefon 02 31/14 57 24

Grundsätzliche Forderungen in der Konfliktstrategie

Die Hochschulgesetze und die Ziele des "Bundes Freiheit der Wissenschaft" laufen darauf hinaus, den Einfluß der Studenten auf den Wissenschaftssektor vollständig zu beseitigen.

Die Studenten sollen auf eine unbedeutende Mitwirkung in den Gremien festgelegt und ihre unabhängige Organisation (AStA) aufgelöst werden.

Gegen diesen Integrationsanspruch werden wir uns wehren, indem wir Illusionen über die Arbeit in den jetzigen Gremien der RUB durch eine KONFLIKTSTRATEGIE zerstören, die studentische Forderungen durch Studenten selbst festlegen läßt, diese in die Gremien trägt und an dem weiteren Verhalten dieser Gremien deren Charakter selbst offenlegt. Alle Studenten werden daher aufgefordert, unabhängig von irgendwelchen Gremien ihre Interessen zu artikulieren und aktiv für deren Durchsetzung zu arbeiten, da nur auf dem Hintergrund der Aktivierung der Studentenschaft die Arbeit in den Gremien ihren Sinn bekommt.

Heute stellen wir im Rahmen der Konfliktstrategie folgende grundsätzliche Forderungen:

1. Wir fordern von Minister Rau, sofort die Weiterarbeit des UP zu ermöglichen.

2. Wir fordern von der Universität — Rektorat und Abteilungen —, den Numerus Clausus für Bochum und alle gegen Art. 12 Grundgesetz verstoßenden Maßnahmen abzulehnen, insbesondere die Durchführung der vorgezogenen An-

meldefrist zu verweigern. Wir fordern das RUB-Rektorat und die Abteilungen auf, ihre Zeit nicht für Maßnahmen zur Abwehr von Studienbewerbern und unwissenschaftliche Kapazitätsberechnungen zu verschwenden, sondern für Planung und Sofortmaßnahmen zur Behebung der Engpässe und Verbesserung der Studienbedingungen einzusetzen.

Wir fordern von Minister Rau die Entwicklung von Vorstellungen, die dazu dienen, den Numerus Clausus abzubauen statt verschärft einzuführen.

3. Wir fordern von der Universität, sofort mehr Wohnraum für Studenten zu schaffen, insbesondere die zweckentfremdeten Wohnheime an der Overbergstraße und das Schwesternwohnheil sofort zu räumen und intensiv für den Bau neuer Wohnheime, auch für Studentenpaare, einzutreten.

Wir fordern die Verabschiedung von Abteilungssatzungen, die durch politische Wahlen in Vollversammlungen eine echte politische Diskussion in den Abteilungen ermöglichen und den Studenten entscheidenden Einfluß auf Studienordnungen und Lehrpraxis (halbparitätische Kommissionen), auf Prüfungen, Berufungen und Forschungsprogramm

Wir fordern die Kommilitoninnen und Kommilitonen in den Abteilungen auf, sich für solche Abteilungssatzungen einzu-setzen, sich durch professorale Abwehrversuche nicht zermürben zu lassen und von den Forderungen nach echter Demokratisierung auf keinen Fall abzuweichen.

In den Fachschaften und Projektbereichen müssen jetzt die Auswirkungen der kapitalistischen Hochschulreform im einzelnen untersucht und studentische Gegenforderungen ausgearbeitet werden. Gegen die Formierungsmaßnahmen müssen wir Vorstellungen eines gesellschaftsbezogenen wissenschaftlichen Studiums setzen und wenn möglich schon praktizieren (studentische Seminare). Gleichzeitig müssen kollektive Maßnahmen zur **Abwehr von** Zwangsvorschriften überlegt werden.

Das Ziel der Mobilisierung der Studenten gegen die technokratische Hochschulreform und für die **Durchsetzung demokratischer Reformen** muß das Verhalten der Studenten in den Gremien der

Wir fordern deshalb alle Kommilitoninnen und Kommilitonen auf, in den Fachschaften und Projektbereichen **mitzuarbeiten** und dadurch auch der drohenden Auflösung der unabhänstudentischen Interessenvertretung entgegenzuwirken!



BSZ-Leser antworten Entschuldigung

nachdem mir aufgrund einer stürmischen abstimmung als versammlungsleiter des asta-teach-ins das mißtrauen ausgesprochen worden ist, halte ich es für angebracht, einige gründe für mein ungewohntes nicht leisten, denn er braucht nichts verhalten an den tag zu legen:

16) die art und weise wie teach-ins durchgeführt werden (mit abstimmungen durch aufzeigen etc) muß - indem man zb die person des obligatorischen versammlungsleiters der lächerlichkeit aussetzt— in frage stellbar sein (was denkt sich der, welcher da aufzeigt, denn tatsächlich). dieses teach-in dünkte mir dazu günstig, weil es für uns da sowieso um nichts weiter ging, denn 17) die reaktionäre, die den bund freizeit der wissenschaft gegründet haben, gab es doch sowieso schon immer, und ihre vorstellungen von der universität sind die neuesten auch nicht, durch die gründung ihres bundes werden diese ultras für uns nicht gefährlicher, sondern eher noch lächerlicher.

18) dementsprechend sollten wir uns auch verhalten: durch die verweigerung einer ernsthaften auseinandersetzung mit diesen herr- vorenthalten.

schaften sollten wir ihnen die diskussionsgrundlage mit uns entzeihen. für uns ist eine auseinandersetzung mit diesen leuten nicht möglich, denn sie werden ihre meinung ja doch nicht ändern, dafür aber früher als wir das zeitliche segnen. 19) was soll überhaupt dieses gan-

ze links-seriöse getue der studen-ten? zeigt doch gerade den leuten von der kultusbürokratie einmal durch ein ganz neues verhalten, daß ihr bereit seid, die verschulung einfach dadurch zu unterlaufen, daß ihr für euren studienplan einfach gar nichts mehr tun werdet: das kann sich der kapitalismus nämlich nötiger denn fachidioten.

13) die asta-chefin bat mich, aus dem teach-in kein happening zu machen. warum eigentlich nicht? wer vielleicht schon einmal einem happening beigewohnt hat, weiß, daß man dadurch spielend leicht neue kräfte für den klassenkampf schöpfen kann und eben gerade nicht mangels meinungsunterschieden durch langweilige polemiken zwischen ein paar studenten (zb junggardist molderings und bsu-fürst von magnis) stumpfsinnig

14) seid also bitte keine schafherde, die sich zwar durch meckern ein wenig wehrt und sich dann aber doch willig zur schlachtbank führen läßt.

15) lacht diese freiheitlichen wissenschaftler doch einfach aus. NeBl Die Redaktion wollte diesen reaktionären Brief ihren Lesern nicht



Führendes Haus in 지디먼저지피스 Western-Bekleidung Twen Shop Bekleidung für

junge Leute

Rücklaufbestände

der US-Armee

H. PETERMANN

VERKAUF

Bochum - Rathausplatz 8 Telefon 66939

SHB: vds-Diskussion weiterführen

Peter Schöttler hat in der letzten BSZ das wichtigste Ergebnis der Marburger VDS-MV richtig dargestellt: seit Marburg kann der VDS wieder zu einer umfassenden Interessenvertretung der westdeutschen Studentenschaften gemacht werden. SHB- und Spartakus-ASten haben eine solide Mehrheit im VDS, sie verstehen den Dachverband VDS als Instrument der Studentenschaften, gemeinsam gegen die Formierung von Hochschule und Gesellschaft zu kämpfen. Sie haben das frühere Minimalisierungskonzept der ML-Fraktion (München-Hamburg) wie auch das "neue" ständische Fachverbandskonzept der Tübinger und Mainzer ML, das einen Rückfall in VDS-Zeiten vor 1968 gebracht hätte, wohl endgültig vom Tisch gebracht.

einer VDS-Plattform, gewiesen seien.

Falsch ist jedoch Schöttlers Ur- falsch die entsprechende Einschät- (Spartakus/Göttingen) wenig koneil über das Verhalten der beiden zung dieser Plattform, daß darin krete Perspektiven für die Politik die Perspektiven des VDS klar auf- zum Komplex Gesamthochschule teil über das Verhalten der beiden Bochumer SHB-Delegierten zum die Perspektiven des VDS klar auf-

Entstehung der Plattform

sames Papier vorzulegen, in dem die Aufgaben des VDS klar definiert waren: VDS als Dachverband, Konzentration auf die Hochschul-politik, Institutionalisierung wissenschaftlicher Vorarbeit im VDS, inhaltliche Begründung der Projektbereichsarbeit, Informationsund Koordinierungsfunktion des VDS-Vorstands.

Dieses Papier, das noch einige Präzisierungen erhalten sollte, war auf der Marburger MV auf einmal auf den vierfachen Umfang angewachsen. Der Kölner SHB-Flügel hatte zusammen mit Spartakus eine zehnseitige politische Allgemeinableitung verzapft, in der auf einmal der Kampf gegen das "Rechts- hinter dieser Plattform stand.

Die SHB-Fraktion im VDS hatte kartell" Hauptaufgabe des VDS war, sich auf einer vorbereitenden Tagung darauf geeinigt, ein gemein- kunft der Bundesregierung enthielt, in der die Mitbestimmung als Konsequenz der wissenschaftlich-technischen Revolution und als Mög-lichkeit, die Macht der Monopole zurückzudrängen, dargestellt wurde, die in der Proletarisierung der Studenten die Basis für antimonopolitische Massenkämpfe sah, die zur Organisierung in DGB-Gewerkschaften aufrief etc.

> Auf dieses "umfassende" Papier, das Freitagabend ausgehändigt wurde, sollten die SHB-Delegier-ten zur Abstimmung am Samstag verpflichtet Fraktionszwang werden, obwohl nur eine Minder. heit in der SHB-Fraktion wirklich

Bochumer setzen Aktionsprogramm durch

Die Bochumer SHB-Delegierten tisch unzureichend und teilweise betonten sofort, daß ein theoreti- falsch ab und setzten durch Stimmsches Papier, welches nicht diskutiert und von den einzelnen Gruppen getragen war, nicht zur Ver-einheitlichung des VDS beitragen könne. Die gemeinsame Zielrich-tung im VDS könne nur durch ein Aktionsprogramm - erreicht wer-

falsch ab und setzten durch Stimm-enthaltung auf der MV ihr Konzept durch, nur ein Aktionsprogramm zu verabschieden.

Daß sich andere SHB-Delegierte mit politisch unterschiedlicher Zielrichtung daraufhin ebenfalls enthielten, rechtfertigt Stimme nicht Schöttlers Versuch, die Bochu-Dementsprechend lehnten sie die mer Delegierten in die Nähe der allgemeine Plattform als theore- "rechten SHB-Asten" zu rücken.

Kritik an der Plattform

Die Kritik der Bochumer, daß die | zwischen Fixierung auf das Rechts-Plattform nicht dazu dienen könne, die Praxis an den Hochschulen zu vereinheitlichen, widerlegt auch den Vorwurf, sie hätten sich sektiererisch verhalten:

— wer aus der richtigen Aussage, die von der SPD geführte Regierung gerate zwischen den Erwartungen ihrer Wählerbasis und ihrer tatsächlichen Rolle als Sachwalter der Kapitalinteressen in ei-ne Schere, die Schlußfolgerung zielt, der VDS könne und müsse durch antimonopolistische Massenkämpfe die SPD-Regierung retten und das Rechtskartell vom Palais Schaumburg fernhalten, der gerät selbst in die Schere zwischen An-

Verständnis der Projektbereiche

daß insbesondere die eigene Posi-

kartell und der an der Hochschule notwendigen Orientierung auf den Kampf gegen die Formierungspolitik gerade auch der SPD-Minister.

— wer, wie die Kölner, noch keine Erfahrungen aus der Praxis der Mitbestimmung gewinnen konnte kann nicht für den ganzen VDS einen undifferenzierten Mitbestimmungskampf verbindlich machen

— wer die Lehrerstudenten unter "wissenschaftlich-technische Intel-ligenz" faßt und die soziale Annäherung an die Arbeiterklasse als Hauptkriterium der Klassenlage der Intelligenz darstellt, kann zu keiner angemessenen Strategie im spruch und eigenen Möglichkeiten, Lehrerbildungssektor kommen.

Orientierung des VDS in der Plattform keineswegs so klar erfaßt ist, wie Schöttler sie darstellt, tion zu den Projektbereichen trotz den Projektbereich Ausbildung

Daß auch die gewerkschaftliche eindeutiger Ablehnung des ML-Konzeptes kaum ernsthaft geklärt wurde, zeigte sich bei der Einsetzung der Projektbereichssekretäre Nachdem schon der Sekretär für

und Lehrerbildung machen konnte kandidierte für den Projektbereich Soziales neben dem bisherigen ML-Sekretär aus Tübingen die Spartakus-Gruppe von der Uni München. Daß die Tübinger keine Perspektive als die der Kaderschulung anbieten konnten, hatte man erwartet. Aber auch Spartakus, München hatte außer einem mageren Papier mit allgemeintheoretischem Gerede und Münchener Praxisbeispielen keine Perspektive anzugeben, wie das Projektbereichssekretariat für die Sozialpolitik im ganzen VDS wirksam werden soll-

Auf Antrag der Bochumer SHB-Delegierten wurde daher schließlich beschlossen, zunächst noch keinen Sekretär einzusetzen, sondern durch eine Konferenz der Sozialreferenten und eine Projektbe-reichskonferenz die konkrete Arbeitsweise im Sozialsektor festzu-legen und erst dann einen Sekretär einzusetzen.

Vereinheitlichung

Was einige Leute unter Verein-heitlichung des Verbandes verstehen, kann man vielleicht auch aus dem letzten VDS-Press ablesen.

Darin ist das beschlossene Ak-tionsprogramm und anschließend die abgelehnte Plattform als Begründung abgedruckt und als Antrag aller SHB-ASten hingestellt obwohl Bochum, Wuppertal, Worms, Freiburg und Frankfurt es abgelehnt hatten, selbst als Unterzeichner des Aktionsprogramms aufzutreten (es allerdings in der Abstimmung unterstützten).

Das ist eben Fraktionsdisziplin Zur Vereinheitlichung des VDS führt unserer Meinung nach nur der Weg einer verstärkten Diskus-

sion an den Hochschulen über l. die Uneinheitlichkeit der SPD-Politik und das Verhältnis zwischen Rechtskartell und wissenschaftlichtechnischer Revolution im Kapita-

2. die Klassenlage der Intelligenz und die Ansätze zur Politisierung der Studenten

3. das gewerkschaftliche Verständnis des VDS und seine Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen 4. die Funktionsfähigkeit der Projektbereiche für eine koordinierte Interessenvertretung.

Damit sich diese Diskussion nicht wieder in einem Papier des VDS-Vorstandes erschöpft, sind wir auch auf der Bundesdelegiertenversammlung des SHB dafür eingetreten, daß die theoretischen Grundagen im SHB verstärkt durch Seminare und in den Gruppen angegangen werden.

Renate Zimmermann-Eisel (SHB) Reinhard Zimmermann (SHB) | verbieten wollen.

2. - AStA-Teach-in, Dienstag, 15. 12., 14 Uhr, in HIB

Kampf dem Hochschulrahmengesetz!

Ein Bundesgesetz soll die Realisierung der Unternehmerpläne sichern.

1. Der Numerus clausus wird gesetzlich verewigt.

- 2. Die übergroße Mehrzahl der Studenten wird in eine 6sem. Kurzausbildung
- 3. Gefördert wird nur noch eine kleine Anzahl von unternehmerfreundlichen Hochleistungskadern.
- 4. Staatliche Stundenpläne und Studienüberwacher regeln unser "freies" und "wissenschaftliches" Studium.

Die Studenten werden geteilt auf Forschungs-Unis und Pauk-Unis.

- 6. Über die Finanzierungs- und Ausstattungspläne erwürgen Staat und Kapital die "unnützen" Wissenschaften.
- 7. Die studentische Interessenvertretung durch Fachschaften und AStA soll zugunsten studentischer Mitwirkungsagenten bei der Hochschul, selbst"verwaltung, aufgelöst werden.

Das ist "das wachsende Verantwortungsgefühl des Staates für die Universitäten", was der politische Kampfbund der Unternehmer innerhalb der Universität, der "Bund Freiheit der Wissenschaft", erfreut registrierte. Dieser Bund baut sich auf zum Kampf gegen die sozialistischen Organisationen an der Universität und außerhalb. Er hat sich zum Ziel gesetzt, den Kampf um unsere berechtigten Interessen zu strangulieren.

Im Interesse unserer Ausbildungs- und Berufsbedingungen dürfen wir nicht tatenlos zuschauen.

Die Aufgabe des nächsten Teach-ins ist:

Gegen die drohende Auflösung unserer zentralen Interessensvertretung müssen wir beginnen, alle aktiven Studenten über die Projektbereiche zu organisieren, um einen kontinuierlichen gemeinsamen Interessenskampf zu gewährlei-

Vorbereitung einer Großversammlung und anschließenden Demonstration Ende Januar. Vorbereitung auf den vds-Kongreß.

Zusammenfassung aller betroffenen Gruppen: Studenten, Schüler, Lehrer, Assistenten. Erste Resultate.

Wie der Verband Deutscher Studentenschaften (vds) in einer Presseerklärung seines Projektbereiches Kriegsforschung mitteilte, un-terstützt die Bundesregierung als einzige bedeutende Industrienation und als einziger Nato-Staat die US-Aggression in Vietnam vorbehaltlos. Ihre Hilfe ist nicht nur humanitärer und verbaler Art, sondern umfaßt über den Zwischenkäufer USA-Munition aller Art, Bomben u. ä. m. Nach "Eastern World" bekunden die USA neuerdings auch Interesse an den in deutschen Forschungslaboratorien hergestellten und erforschten Kampfgasen.

Die Tatsache, daß nach Art. 25 und 26 GG die Vorbereitung und Unterstützung eines Angriffskrieges verboten ist, scheint allerdings keinen der Hüter des Grundgesetzes zu stören. Wenn die Wirtschaft nur mitverdient — sei es wie und wo auch immer — kann man schon mal ein Auge zudrücken. Die Kapitalisten würden sich wohl auch eine Beschneidung ihres Profites

3x in Nähe der Uni

in Ihrer Nähe



was trinken wir?

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

11./13. 12. - ein hartes Wochenende. "Heimkino" bis "Porno-Western" und "Filmkunst"

Mit dem Seminar 'Präsentation und Rezeption von Sexualität im Film' versucht der Filmclub, einer sachlichen und wissenschaft-lichen Diskussion der Phänomene Pornographie / Sexualität im Film eine systematische Grundlage zu stellen. Die verschiedenen juristischen, psychologischen, soziologischen und ästhetischen Aspekte der Sache werden von Referenten und in Arbeitsgruppen behandelt; eine Abschluß-Diskussion soll die verschiedenen Arbeits-Ergebnisse einander konfrontieren.

trommeln Filmclubleute explizit zu einem Pornographie-Seminar. Gerade in Anbetracht der Debatte im Bundestag über den § 184 wird dieses Seminar den Interessierten die Möglichkeit der Sichtung von Materialien, der Teilnahme an Diskussionen mit einem Publikum verschiedener Provenienz und der Beobachtung eigener und fremder Reaktionen auf das Phänomen "Se-xualität im Film" in wohl einmaliger Konzentration und Vielseitig-

Das Filmangebot wird einigermaßen shocking sein. Es werden

- Neben ausgesprochenen "Nachholfilmen wie "Das Schweigen": "Ich bin neugierig — Gelb" (in der unbeschnittenen Fassung) und dem inzwischen legendären ersten deutschen Polit-Porno Besonders wertvoll (skandalöse Aufführung am 5. 4. 68 in A1 und B1 vor 800 Personen trotz polizeilicher Verfolgung; der Film ist inzwischen nach Rückzug der dritten Berufung der Hamburger Staatsanwaltschaft frei und wird zur Zeit der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft und der Filmbewertungsstelle der Länder ins sittlich bewußte Antlitz geleuchtet.)
- der Film von Jean Genet, "Chant d'amour"; andere "underground"-Filme, wie die ab und zu von BRD-Gerichten verfolgten Sodoma-Happening-Filme des Wie- Zum Selbstverständnis des Semi- Sonntag gegen 18.30 Uhr. Für das men einer größeren I ners Otto Muehl; Skip Norman's nars: In erster Linie versucht die leibliche Wohl der Teilnehmer zum Seminar zugute.

Black-Power-Porno "Blues people"; | Programmkonzeption Informationsvielleicht Andy Warhol's "Blue movie", und mehrere tendenziell systemsprengende Filme.

an Kino-Filmen der sogenannten "Sexwelle" die politisch relevanten Sachen von Alois Brummer und Oswalt Kolle, jeweils in den Schlüsselfilmen ihres kommerziellen und zensurpolitischen Durchbruches "Graf Porno und seine Mädchen"; "Dein Mann, das unbekannte Wesen"). An ihnen vor allem wird der verdeckte, medial verschleierte Betrug des nichteingehaltenen Verspre chens sexueller Befreiung via Ki-no-Industrie verifizierbar sein.

der erste richtige "Porno-Western"; zwei sehr, sehr neue Kino-filme ("The Scavengers"; "Baby Vicky") aus dem Ausland.

genug "Heimkino" (das Gängige, das niemand kennt) und historische, aber nicht minder harte Privatsachen; andere Filme aller möglicher Valeurs. Einige Filme werden von den Veranstaltern (Cinemathek Köln e. V., Filmclub Essen e. V., Filmstudio der VHS Bochum, Studienkreis Film RUB) nicht genannt. Zusätzliche filmische Arbeitsunterlagen sollen den Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt werden. Eine Ausstellung von durch die FSK nicht freigegebenen Photos und Plakaten in HNA 600 wird vorbereitet. Die "Schauwerte" akkumulieren sich jedenfalls zu seltener Intensität.

"Porno" – gibts das?

und Diskussionsmaterial in breiter Basis anzubieten. Für die Abgrenzung der qualligen und ver-schleiernden Begriffe "Sexualität" versus "Erotik" versus "Pornogra-phie" versus "Kunst" sollen Grundlagen geliefert oder deren Grundlosigkeit oder Differenziertheit aufgedeckt werden. Der § 184 spielt dabei eine dominierende Rolle.

Die gesellschaftspolitischen Zuzensur und "Sexwelle" sollen durchschaubarer gemacht werden. Die in diesem Zusammenhang grundsätzliche Frage stellt sich Veranstaltern und Teilnehmern: Werden sich an Filmbeispielen Ansätze einer befreiten, utopischen Sexualität aufweisen oder wird sich der geselllschaftliche Druck gegen Artikulationsversuche entsublimierter Sexualität auch in diesen wieder ausprägen?

Zu diesen Fragen wird eine Dokumentation vorbereitet, die im Se-minar gratis verteilt wird. — Eine Dokumentation über den Fall Besonders wertvoll wird separat er-

Zeit und Geld

Drei Viertel der Seminar-Laufdauer wird den Filmbeispielen reserviert sein; ein Viertel den Diskussionen und Referaten. (HNA 600 und in div. NA-Hörsälen). Das Se-minar beginnt am Freitag, dem 11. 12. um 17 Uhr und endet am

(hier: Essen und Trinken) wird via Mensa gesorgt sein, an allen Tagen. Die Teilnahme-Berechtigung am Seminar kostet 20 Mark und wird gegen schriftlichen Revers ausgestellt. Da bereits 150 Anmeldungen von auswärts vorliegen, empfiehlt der Studienkreis Film, den Vorverkauf zu benutzen. Die den Vorverkauf zu benutzen. Die Vorlage des Studien- oder des Personalausweises ist dabei in jedem Falle erforderlich. — (Der ursprünglich auf den 4. bis 6. festgelegt Termin verschob sich.)

. und Macht

Das Programm des jeweiligen Tages wird immer am Morgen des betreffenden Tages per Flugblatt in Mensa und HNA bekanntgegeben Dedurch eller werden werden werden bei Dedurch eller werden ben. Dadurch soll vermieden werden, daß Seminarteilnehmer nur wegen bestimmter Filmprogramwegen bestimmter Filmpfogramme anmarschieren und sich sonst
um den theoretischen Teil einen
Dreck kümmern. — Solange die
Maßgeblichen eine solche Veranstaltung nur in strenger Seminarform unverfolgt zulassen, muß eine
solche Seminarphanung gerechten solche Seminarplanung gerechtfer-tigt erscheinen. Dennoch wird je-der Tag inclusive der Nachtvorstellungen ein breitgestreutes Programm bieten.

Für die Durchführung des Se-minars haben sich vier NRW-Filmclubs zusammengetan. Das hohe finanzielle Risiko wird durch Ausfall-Bürgschaften abgedeckt. Eventuell überstehende Gewinne kommen einer größeren Dokumentation Ein hartes Wochenende jedenfalls. Wer schon einmal zwei Stunden Dänenfilme besichtigt hat, weiß, wie schnell seine Aufmerksamkeit nachläßt. Deshalb auch wurde das Programm formal möglichst poly-morph zusammengestellt: Kino, Diskussion, Underground, Film-geschichte, Referate, Schlafzimmer-Filme folgen einander in kalkuliert unsystematischem Wechsel.

Dennoch: wird dieses Seminar seine Teilnehmer mit der Miene der blasierten Sexperten entlassen, die nichts mehr hochbringt, und wenn, warum? Die Reaktionen der Seminarteilnehmer sind im übrigen unkalkulierbar. Erhofft wird sachliches und hartnäckiges Interesse an der Sache. 300 Teilnehmer sind zugelassen.

Literatur: Peter Gorsen: Das Prinzip Obszön. rororo 1969

Wilhelm Salber: Film und Sexua-lität. Bouvier 1970. Bonn.

Susan Sontag: Die pornographische Phantasie. — Weitere Hinweise in deren Bibliographien.

wer WO was

anarchistisches seminar jeden montag 17.45 uhr ia 4 raum 51

TERMINE

SHB

öffentliche Mitgliederversammlungen montags, 18 Uhr, Baracke 1, Zimmer 1 öffentliche Schulung, donnerstags, 18 Uhr. Baracke 1, Zimmer 1

SPARTAKUS öffentliche

Mitgliederversammlungen und Schulungen (alle 14 Tage abwechselnd) donnerstags, 18 Uhr, IA 5/88

JUNGE GARDE

Mitgliederversammlungen jeden Mittwoch, 18 Uhr, BSZ-Raum

FHV

Mitgliederversammlungen jeden Freitag, 17 Uhr, AStA

Wehrteuch gegen die **Bogestra**

Angeblich ist der Rutsch der Bochumer Verkehrsbetriebe BOGESTRA nicht mehr aufzuhalten.

OB Claus hingegen meint, die finanzielle Lage der Betriebe so gut zu kennen, daß er eine Erhöhung der Fahrpreise für nicht zu begründen erklärt.

Die Verkehrsbetriebe selbst stellen die Gemeinden vor die Alternative: Entweder Zuschüsse oder Fahrpreiserhöhung.

Am 21. Dezember trifft der Aufsichtsrat der BOGESTRA die endgültige Entscheidung. Der AStA bereitet geeignete Gegenmaßnahmen vor, die sich in Hannover, Heidelberg, Bremen etc. bereits bewährt haben. Nur unser entschlossener Kampf kann die drohenden Papier Entscheidungen werden lassen.

Kein fauler Kompromiß

Um überhaupt noch zu einer Satdenten der Abt. IX (Maschinen-bau und Konstruktiver Ingenieur-bau) in der letzten Woche einer Abteilungssatzung zugestimmt, die Halbparität vorsah — allerdings für die Professoren. Die Frechheit dieser reaktionären Hochschullehrer ging jedoch so weit, auch dieses Angebot auszuschlagen: sie bestanden auf einem Verhältnis von 8:2:2 für das Entscheidungsgremium (= Zweidrittelmehrheit für die Professoren).

Wir wollen nicht zu viel von der Drittelparität erwarten; wir wissen, daß die Drittelparität nur ein Anfang zur Demokratisierung der Abteilungen sein kann (die letztlich nicht von Paritäten abhängt), aber sie bietet doch zumindest die Möglichkeit einer Bündnispolitik mit den Assistenten (erfolgreich war das bei den Mathematikern und den Juristen für die Verab-schiedung der Abteilungssatzung).

Die Professorenfront verhärtet sich

Die Situation in den Abteilungsversammlungen hat sich zugespitzt, seit das UP — durch den eigenen Vorsitzenden handlungsunfähig gemacht — nicht mehr existiert. Die Scheinliberalen wittern Morgenluft und widersetzen sich nun jedem kleinsten Fortschritt.

Die Studenten dürfen diesem wach-senden Druck nicht weichen; ihr Widerstand muß noch energischer werden!

Bis zu den Semesterferien waren 2 Satzungen (ev. Theologie, Ost-asienwissenschaften) vom UP genehmigt und 6 weitere von den Aberabschiedet word der Zwischenzeit geschah nichts, abgesehen davon, daß sich als Vorhut für den Bund "Freiheit der Wissenschaft" die "Dozentenschaft" gebildet hat - eine Ansammlung bisher anonymer rechter Kräfte an der Uni, die sich so ein Sprachrohr geschaffen haben. Die Gründung des Bundes "Freiheit der Wissenschaft" hat diesen Reaktionären noch zusätzlich Kraft gegeben. Nun weigern sie sich überhaupt

irgendwelchen Satzungen zuzustimmen. Sie hoffen auf das Heil von oben (vom Wissenschaftsminister bzw. Leussink).

In dieser Situation darf kein fauler Kompromiß geschlossen werden. Lieber keine Satzung, als daß mit den Stimmen der Studenten ein neues Machtinstrument der Professoren geschaffen wird. Nur mit der Zustimmung der Studenten kann eine Satzung wirksam werden (Art. 40,3 VerfRUB).

Gebt nur demokratischen Satzun-den Eure Zustimmung, mindestens

WIDERSETZT EUCH DEN REAKTIONAREN!

Der AStA ist in der letzten Woche umgezogen. Er befindet sich jetzt in der Baracke 1, das ist die erste Baracke vor der Mensa.

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen Spirituosen Lebensmittel Brot + Backwaren

Jrinkhalle Kotthoff (Mensaparkplatz)

Busfahrkarten aller Art

KJVD sprengt Aktionseinheit

Die ganze Geschichte hat doch was Tragisches: Da müssen sich Bochumer Studenten mit teilweise unzumutbaren Wohnverhältnissen herumschlagen, müssen stundenlange Anfahrten in Kauf nehmen, horrende Mieten bezahlen oder wider Willen bei Muttern wohnen -, und was tut eine Arbeitsgemeinschaft, die es sich zum Ziel gesetzt hat, gerade diese Verhältnisse bessern zu helfen? - sie ergeht sich in gruppeninternen Auseinandersetzungen! In Weiterführung seiner Wohnungspolitik rief der AStA am 3. 11. 70 zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Wohnkampagne auf (s. BSZ Nr. 68). Der AStA glaubte, mit dem KJVD trotz grundsätzlicher ideologischer Differenzen ein fruchtbringendes Aktionsbündnis eingehen zu können, denn es gab ein konkretes gemeinsames Ziel, nämlich dafür zu sorgen, daß das Sammelgebäude an der Overbergstraße und das Schwesternheim nicht länger von privaten Unternehmen und universitären Instituten zweckentfremdet werden.

Die erste gemeinsame Aktion, das go-in beim Kanzler am 9. 11. 70, führte nur zu kurzfristigen Er-folgen (14 Zimmer wurden Studenten zur Verfügung gestellt).

Beginn der Auseinandersetzungen

Aber schon zwei Tage später, am 11. 11., setzte der KJVD in seiner Hauspostille "Rotfront" seine wütenden Angriffe gegen den AStA und seine Wohnpolitik fort, mit dem man eine Woche zuvor ein Aktionsbündnis eingegangen war.

Die vom AStA zu Beginn des Semesters organisierte Zeltaktion (Ergebnis 50 Zimmer, 4 Häuser) wurde als "erfolgloses Happening" denunziert, das nur zur "Image-pflege des SHB" dienen sollte und mit dem man die Studenten "täuschen" wollte. Die ganze Aktion sei nichts anderes "als ein sozialdemo-kratischer Versuch, sich im klein-bürgerlichen Bereich eine Basis zu verschaffen".

Erst seit der Gründung der AG-Wohnkampagne werde — so Rot-front — an der RUB eine konsequente, wirkungsvolle und vor allem ehrliche Wohnpolitik betrieben, an der der AStA "gezwungen" wurde, teilzunehmen.

Im Interesse des gemeinsam gesteckten Ziels vermied es der AStA, in ähnlich polemische Töne zu verfallen, sondern beschränkte sich auf eine sachliche Darstellung der Vorgänge in der folgenden BSZ

Der Konflikt spitzt sich zu

Um weitgehende Forderungen durchsetzen zu können, war eine Mitarbeit der betroffenen zimmerlosen Studenten in der AG die Voraussetzung. Man kam überein, die ersten 300 Personen der Warteliste des Akafö direkt anzuschreiben. Doch bei der Formulierung dieses Schreibens brachen die wahren Motive hervor, die den KJVD zum Aktionsbündnis mit dem AStA getrieben hatten.

Nicht um die berechtigten Inter-essen der zimmerlosen Studenten ging es dem KJVD bei seiner Wohnpolitik, sondern vielmehr um die Profitierung der eigenen Grup-pe mittels dieser Arbeitsgemeinschaft auf Kosten des gemeinsamen wohnungspolitischen Ziels.

Zudem sollten gezielte Angriffe auf den AStA und seine Politik diesen als einen nützlichen Trottel erscheinen lassen, der Briefe finan-

ziert und verschickt, die haupt-sächlich zu seiner Verunglimpfung erstellt wurden, der aber als technischer Dienstleistungsbetrieb ganz gut zu gebrauchen ist.

Zitat aus dem Rundbriefentwurf des KJVD: "Die Wohnkampagne erklärt, daß die Einbeziehung des AStA in ihre Arbeit deshalb erfolgt ist, weil der technische Apparat des AStA eine große Erleichterung bei der Durchführung ihrer Aufgaben ist, daß sie aber die Täuschungs-manöver des AStA gegenüber den Studenten und seinen Drang nach Öffentlichkeit (Zeitung, Fernsehen) verurteilt und feststellt, daß sie weder mit den AStA-Flugblättern an der Uni noch mit seinen Presseverlautbarungen das Geringste zu

Im politischen Teil des Briefes, dessen Adressaten wohnungssu-chende Studenten und keine linientreuen Marxisten-Leninisten waten, wurde phrasenhaft über "die Partei des Proletariats", über "den Grundwiderspruch zwischen Kapi-tal und Arbeit" und über "die spe-zifischen Frechheiten der Kultusbürokratie" geplaudert, aber wenig von den konkreten Zielen der Arbeitsgemeinschaft gesagt. Und dieses Schreiben sollte nun eine Mobilisierung unter den zimmerlosen Kommilitonen hervorrufen; oder hatte man es doch mehr auf eine Konfrontation mit dem AStA abgesehen?

Nach dem Beharren des KJVD, trotz einiger Modifizierungen an der oben skizzierten Grundtendenz des Briefes nichts zu verändern, war für den AStA eine weitere Zusammenarbeit mit dem KJVD aus-

Die Haltung der AStA nach dem Bruch

Im Rundbrief des AStA, in dem man getroffene Entscheidung be-gründet, wurde die Überzeugung geäußert, daß der AStA an einer Spaltung der Wohnkampagne kein Interesse haben kann, wenn diese die gestellte Aufgabe, nämlich die Bekämpfung der Wohnungsnot, zielstrebig verfolgt, ohne als Rekrutierungsorgan einer linkssektierischen Gruppe mißbraucht zu werden.

Nur so ist der Entschluß des AStA zu begründen, die von der Wohnkampagne einberufene Versammlung aller betroffener Studenten am 30. 11. mit zu unter-

Das Ergebnis dieser Versamm-lung rechtfertigt nachträglich alle Befürchtungen des AStA:

Von 300 angeschriebenen Studenten erklärten sich drei bereit, mit-zuarbeiten: Die Masse wurde offensichtlich durch die internen Auseinandersetzungen in der AG abgestoßen und durch die falsche und schlagwortartige politische Begründung im Rundschreiben irritiert.

Zukunft wird diese Wohnkampagne nur haben, wenn der KJVD seine wahren Absichten besser zu tarnen versteht und der eigentlichen Zielsetzung der Arbeitsge-meinschaft, die Räumung der bei-den zweckentfremdeten Gebäude, endlich die gebührende Priorität

Durch die Entscheidung, ein Zentralkomitee der Wohnkampagne, bestehend aus den drei Wohnungssuchenden plus einem Vertreter des KJVD, zu bilden, ist ein erster Schritt in diese Richtung getan.

Die zukünftige Wohnpolitik des

An der Überzeugung des AStA, daß zwei gegeneinander arbeitende wohnpolitische Kampagnen keinen Nutzen für die betroffenen Studenten erbringen können, hat sich nichts geändert.

Das Sozialreferat wird Schwerpunkt seiner wohnpoliti-schen Aktivitäten wieder mehr in außeruniversitären Bereich verlegen, denn

* nach wie vor ist die Mehrzahl der Studenten auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen;

nach wie vor haben es auch wir Studenten mit Wuchermaklern und überhöhten Mieten zu tun;

* nach wie vor suchen potentielle Wohngemeinschaften großräumige Wohnungen oder Häuser.

Unsere nächsten Forderungen zielen also

1. auf die Durchsetzung eines städtischen Amtes für kostenlose Zim-

mervermittlung, 2. auf die sofortige Freigabe zahlreicher leerstehender Häuser in Bochum für die Vermietung an Studenten,

3. auf die Bestrafung der Wuche-rer in Makler- und Vermieterkreisen durch Verklagung der Schuldi-

Interessenten, die Näheres über die Arbeit des AStA erfahren möchten, werden gebeten, in die Baracke I. Zimmer 14, zu kommen.

Herrn Kestings neuer Streich Kesting, auf vielen Gebieten der erheben eine Dienstaufsichtsbe- minars (in der 2. Stunde vorgelegt; Soziologie bewandert, wie die The- schwerde gegen Prof. Kesting we- Kesting wollte ihn dann nach Weih-

men seiner Übungen und Vorlesungen zeigen (Soziologie des Luxus; Soziaologie der Kriminalität; Religionssoziologie; Militärsoziologie;) gibt in diesem Semester in einem Grundstudiumseminar unter dem Titel "Soziologie des Verbrechens" erneut einen Einblick in seine vielfältigen wissenschaftlichen

Was in der ersten Stunde des Seminars als eine spezielle Soziologie, die als Schwerpunkt sich mit dem Strafvollzug in der BRD heute auseinandersetzen sollte, angekündigt wurde, wurde in den 6 Stunden, die bis jetzt stattfanden, eine zusammenhanglose Aneinanderreihung irgendwelcher Referate, Statistiken, Zitate aus Büchern und geschichtlicher Daten ohne soziologische Relevanz. Motto: Hauptsache, es hat irgendeinen Bezug zu Verbrechen und Kesting muß nicht zu viel erzählen.

Teilweise heftige Kontroversen der Seminarteilnehmer mit Kesting über den Inhalt (s. o.) und die technische Durchführung des Seminars (obwohl Seminar fürs Grundstudium, gab es keine Literaturliste, Referatsthemen werden dann verteilt, wenn es Kesting gerade in einer Stunde einfällt ...) erreichten dann in der letzten Seminarstunde am 26. 11. 70 ihren vorläufigen Höhepunkt. 25 der etwa 30 anwesenden Seminarteilnehmer sahen sich gezwungen, an den Rektor und den Dekan der Abt. 8 folgenden Brief zu schreiben:

"Die Seminarteilnehmer des Se-minars "Soziologie des Verbrechens" benennen, damit ein studentischer Vorschlag zur Gestaltung des Se-

Men like its

gen folgenden Vorfalls am 26. 11.

Während der 6. Sitzung des Seminars am 26. 11. 1970 referierte Prof. Kesting über die Geschichte der Mafia in Amerika, die sich nur auf eine historische Darlegung beschränkte. Auf die Frage einer Studentin nach der soziologischen Relevanz seiner Ausführungen — ei-ne methodische und begriffliche Darstellung sollte der Beschreibung vorausgehen — ließ Prof. Kesting sofort erregt über die Weiterführung seines Vortrages in diesem Stil abstimmen.

Nachdem nur etwa ¹/₃ seine Fragen nach Fortführung bejahten, verließ er, ohne die Abstimmung zu Ende zu führen, ohne jede Begründung den Seminarraum. Somit war den Teilnehmern die Möglichkeit einer Aussprache genom-

Sämtliche Teilnehmer des Seminars diskutierten anschließend den Vorfall und die Möglichkeit einer sinnvollen Weiterführung des Seminars. Die 25 Unterzeichner (5 Kommilitonen enthielten sich der Stimme und unterzeichneten nicht) waren einig darüber, wegen des oben genannten Vorfalls Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Prof. Kesting zu erheben.

Weiterhin schilderten die Seminarteilnehmer den Verlauf der vorangehenden Stunden (s. o.). Die Seminarteilnehmer baten das Rektorat, einen wiss. Assisten oder einen Tutor für dieses Seminar zu

Gratismuster * PLANTA * Berlin 61

nachten behandeln, damit diejenigen Studenten, die seine Ausführungen hören wollten, auch dazu Gelegenheit hätten) nicht völlig unter den Tisch fällt. Da eine sinnvolle "Zusammenarbeit" mit Kesting nach diesen Vorfällen wohl nicht mehr möglich ist, sind die Seminarteilnehmer fest entschlossen, falls Kesting seine Übung weiter abhält und ein Assistent oder Tutor nicht eingesetzt wird, das Seminar "Soziologie des Verbre-chens" nicht mehr zu besuchen.

Weitere Maßnahmen für den Fall der kommentarlosen Weiterführung des Seminars werden am Freitag, 4. 12. 70 mit dem Fachschaftsrat der Abt. 8, Raum IB 6/67, 11 Uhr, diskutiert. Alle Kesting-Geschädigten, Kesting-Liebhaber und sonstige Interessenten sind "herzlich eingeladen".

Strafmandat:

In letzter Zeit muß jeder, der im "Parkverbot" steht von der Polizei aus 10,-DM zahlen.

Grund: Kanzler Seel sorgte nicht für genügend Parkplätze.

Jeder, der von einem solchen Strafmandat betroffen ist, melde sich bitte beim AStA, Baracke 1, damit kollektiv verweigert werden kann.

Röntgen:

Heute und morgen für Studenten 1., 5. und 9. Seme-(andere freiwillige auch) vor IA röntgen lassen!

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell

preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107 Telefon 14336

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

Basisgruppentreffen der Psychologen

der Ruhruni ein Treffen der psychologischen Basisgruppen aus der BRD und Westberlin statt.

Die isolierte Sisyphusarbeit:

Viele Rote Zellen und Basisgruppen verschiedener Fachrichtungen arbeiten abgeschnitten von Informationen über die Arbeit, die von gleichen Gruppen an anderen Unis geleistet wird; sie wursteln unöko-nomisch vor sich hin, in dem Bewußtsein alles selbst leisten zu müssen: von Institutsaktionen bis Ideologiekritik der bürgerlichen Wissenschaft, von alternative (Berufs-)praxis bis hin zur revo alternativer lutionären theoretischen Arbeit.

Überregionales Kommunikations-Aus dieser Situation heraus wurde

im Mai 1970, auf dem 1. Treffen der psychiologischen BGs "eine Zeitschrift der sozialistischen Gruppen an psycholog. Instituten der BRD und West-Berlin" bebeschlossen. In der Zeitung, deren 1. Nummer im Oktober erschien, werden Erfahrungen der BGs nach wesentlichen Fragenkomplexen organisiert und diskutiert. Zur Weiterführung der Diskussion über die Perspektive der BGs fand dieses Treffen statt.

Als Essentials der weiteren Arbeitsgebiete wurden beschlossen:

die theoretischen Gesichtspunkte für eine immanente Kritik der bürgerlichen Psychologie weiterzuentwickeln und die statischen Methoden und Wissenschaftsprinzipien in Gegensatz zu neueren Ansätzen der dialektischen Sozialpsychologie zu setzen

zu klären, welche Funktion die Psychologie als Herrschaftswissen-schaft im Spätkapitalismus erfüllt; zu untersuchen, wo genau die Verwertbarkeit der einzelnen psychologischen Bereiche wie Klin. Psy-

Am 13. und 14. November fand an | chologie, Betriebspsychologie usw. liegt und welche Konsequenzen sich daraus für die im Beruf stehenden Psychologen ergeben;

zu analysieren, welche Rolle die Psychologie im Klassenkampf und für die Arbeiterbewegung haben kann, was beinhaltet, daß die be-stehende Psychologie nur soweit sinnvoll ist, wie sie Wissen über Mechanismen und Auswirkungen des Herrschaftssystems vermittelt; um Funktion und Verwertbarkeit der Psychologie in der BRD-Gesellschaft zu bestimmen, entsteht für die BGs die Notwendigkeit der Schulung in marxistischer po-litischer Okonomie. Kritischer Punkt der Diskussion

war das Selbstverständnis der 8 BGs aus Berlin, Bochum, Bonn, Braunschweig, Gießen, Mainz, Marburg, Heidelberg.
Doch zeichnete sich ziemlich deut-

lich ab: die Arbeit der BGs ist eine Art gewerkschaftlicher Interessenkampf an der Hochschule, mit Zielen der kritischen Vermittlung der Wissenschaft und Agitation bes. der Studienanfänger. Doch gehen die oben genannten Es-

sentials mit ihrem politischen Anspruch weit über diesen Ansatz hiaus, und so stand die Frage der Notwendigkeit der Organisation und Mitarbeit in der Partei des Proletariats lange im Vordergrund der Debatte. Die politische Heterogenität der Gruppen ist nicht mehr zu überbieten: Berlin (SEW, PLPI, KPD/AO), Braunschweig (Spartakus), Bochum (KPD/ML), Bonn (Spartakus), Gießen (KPD/AO und Spartakus), Mainz (KPD/ML), Marburg (Spartakus), Heidelberg (SDS). Gemeinsamer Nenner bleibt vorerst die mehr fachspezifische Erarbeitung der Probleme, die in den Essentials formuliert sind. Zur besseren Organisation des überregionalen Kontaktes, tritt man in Verbindung zum VDS.

So siebt man die Gründungsausschüsse

Vorsitzenden des Gründungs-senats für die Universität

Herrn Gründungsrektor

28 Bremen Marcusallee 2

Sehr geehrter Herr Dr. von der Vring!

In meiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der Senatskommission für Universitätsfragen teile ich Ihnen folgendes mit:

I. Der Senat hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1970 entsprechend den Empfehlungen der Senatskommission für Universitätsfragen beschlossen, folgende vom Gründungssenat vorgeschlagene Bewerber um die Stellen der hauptamtlichen wissenschaftlichen Planer anzustellen:

1. Norbert Wieczorek Es wird davon ausgegangen, daß die Einstellung auch in diesem Fall nach den für Planer üblichen, dem Stellenplan entsprechenden Bin-

dungen erfolgt. 2. Dr. Martin Bennhold

3. Rotraud Brentzel

4. Helmut Vollmer 5. Wilfried Lemke.

II. In folgenden Fällen hat die Senatskommission für Universitätsfragen unter Hinweis auf

§ 6 BAT die Empfehlung zur

Anstellung verweigert: 1. Hanna Kröger

Gründe: die Bewerberin gehörte 1970 zum Roten Maikomitee und der Roten Zelle

Ökonomie.

SolveigEhrler Gründe: Die Bewerberin hat keine abgeschlossene Ausbildung. Sie ist Vorstands-mitglied des Republikanischen Clubs, war Redakteurin der Roten Presse Korrespondenz, ist wegen Links-tendenzen aus der SPD ausgeschlossen worden (Demonstration "politische Jugendarbeit"). Ist seit 1958 im SDS und seit Mitte der sechziger Jahre in der Außerparlamentarischen Opposition aktiv.

Heide Kops Gründe: Die Bewerberin hat keine abgeschlossene Ausbildung. Sie hat in der Ro-ten-Mai-Demonstration teilgenommen, hat sich der KP (Aufbauorganisation) angeschlossen und hat in der Berliner Basisgruppenbewe-

gung mitgearbeitet. III. Über die Einstellung der vorgeschlagenen Bewerber Volker Kröning und Jörg Miehe wird voraussichtlich in der nächsten Senatssitzung entschieden werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung (Speckmann)

(aus: vds Press)



Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, glei-cher und geheimer Wahl gewählt. (Grundgesetz Artikel 38)

böswilliger urheber bisher noch nicht ausfindig gemacht werden konnte, besser geworden sein. mit stolzgeschwellter brust erklärte der küchenchef der mensa, die essen würden sich jetzt nur noch alle zwei monate wiederholen; — kehr-seite der medaille: die (wenigen) guten essen kriegt man jetzt auch nur noch zweimal im semester.

viel wichtiger als das mensaessen sind jedoch angebot und preise in den cafeterien: da nach verlegung der ausgabe des 2-dm-essens in die große mensa nur noch eine ausgabe für das 1,30-dm-essen genutzt wird (wieso eigentlich?), nehmen es viele studentinnen und studenten nicht mehr auf sich, nach einem halbstündigen fußmarsch von GA auch noch 3/4 stunde auf's essen zu warten. (wer übrigens täglich den weg von GA zur mensa hin- und zurück geht, bekommt am ende des semesters den goldenen lange noch!!) für 1 dm.

nach einem gerücht, dessen wanderschuh vom sauerländischen gebirgsverein.)

> doch auf das angebot in den cafeterien kann man auch nicht mehr zurückgreifen. da die bedienung völlig überlastet ist, muß man genauso lange wie in der mensa warten; und das angebot ist immer noch auf "das-stück-kuchen-zwi-schendurch" ausgerichtet statt auf die tatsächlich notwendige ersatzversorgung neben der mensa.

macht daher (beim asta) vorschläge, was eurer meinung nach in das sortiment der cafeterien aufgenom-men werden soll; wir werden versuchen, die wünsche durchzusetzen.

hierbei kann man sich allerdings auch verhauen: auf unseren wunsch hin wird im mensarestaurant auch rotwein ausgeschenkt. — was wir uns dabei allerdings nicht wünschten: 0,2 liter rotwein kosten das akafö im einkauf 0,30 dm - verkauft wird der wein allerdings (wie

bereits darauf hingewiesen, daß zu einer sinnvollen Arbeit der Redaktion die Mitarbeit aller interessierten Studenten notwendig ist.

Es soll nicht der Eindruck entstehen, als seien zu den Interessierten nur solche zu zählen, die aktiv an der studentischen Politik beteiligt sind, sei es in Fachschaften, Projektbereichen, politischen Studentengruppen etc. Zur Mitarbeit



ist vielmehr jeder aufgerufen, der am Fortbestehen studentischer Posinnvoller theoretischer Grundlegung der Inhalte und Praxis interessiert ist.

Daher fordern wir noch einmal alle auf, Informationen, Meinungen und Kritik entweder an die Redak-

"Die Schallplatte"

Bochum Hans-Böckler-Straße 21 Großes Angebot an Popund Jazz-Platten viele Sonderangebote große Importabteilung

Was schenken? geh zu Karin's Boutique Bochum, Kortumstraße 98 1000 Kinkerlitzchen

warten auf Euch!

ber zu verfassen und sie uns zum Druck als Artikel oder Leserbrief zur Verfügung zu stellen.

Notizen und Skripte sind dann abzugeben entweder bei der Redaktion selber oder aber bei den Sekretärinnen zur Weitergabe an

Vertrieb der BSZ

Oft wird uns die Frage nach dem Verkauf und Vertrieb der BSZ gestellt, manchmal erscheint jemand hier in der Redaktion und holt sich ein Exemplar selbst ab. So gern natürlich solche Mühe Kenntnis nehmen und entsprechende Wünsche erfüllen, sei hier aber doch gesagt, daß die BSZ ab sofort bequemer zu erlangen sein wird.

In der letzten Woche sind Verkaufskästen aufgestellt worden, in die kunftig einen Tag nach Erscheinen der neuen Nummern diese ausgelegt werden und gegen den je-weils geltenden Preis erworben werden können.

Die Verkaufskästen sind an folgenden Stellen aufgestellt: Eingang

Nähe Eingang

Eingang Eingang, Cafeteria Eingang, Cafeteria Vor Hörsaal 600

SKI noch nie so preiswert jetzt zugreifen



Bochum Am Rathaus

Einladung zum Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen kostenlosen Proberauchen! Exclusiv-TOBACCO

gratis. Diesen Gutschein senden an:

83 Landshut, Postfach 568 a

Studentenheime: Mieterhöhungen drohen!

sprach: "Selbstverständlich müssen die Preise für die Zimmer in Studentenwohnheimen sozial vertretbar sein." Die Vertreter der Studentenwerke wollten es genauer wissen: "Was heißt sozial vertretbar?" Die Antwort: großes Schwei-

Das Kabinettstück langgeübter Ministerialbürokratenkunst, den heißen Brei herumzureden. präsentierten die höheren Chargen im Düsseldorfer Wissenschaftsministerium, als es den Geschäftsführern der Studentenwerke in Nordrhein-Westfalen darum ging, Zusagen für die Subventionierung der Studentenwohnheime einzuholen.

Als ganz selbstverständlich stell- spräch nur eins: die Mieten werden te das Verwaltungstrio Vogtmann, Banner und Bock es hin, daß in den Studentenwohnheimen soziale Mieten erhoben werden sollten. Auf die Gretchenfrage aber, wie soll man soziale Mieten erheben, wenn die Kosten in den Studentenwohnheimen ständig steigen und das Wissenschaftsministerium auf kostendeckende Mieten besteht, kamen nur Ausflüchte.

Während man hinter vorgehaltener Hand schon von Mieterhöhungen bis zu 140 DM sprach, wurde offiziell heftig abgestritten, daß es in absehbarer Zeit zu Mieterhöhungen in solcher Höhe kommen könne. Fest steht nach diesem Ge-

erhöht werden!

Wissenschaftsministerium schob den Schwarzen Peter den Studentenwerken zu und forderte zu nochmaliger Beratung in deren Arbeitsgemeinschaft auf. Da können die Geschäftsführer jetzt sitzen und sich gegenseitig "vorsin-gen", daß sie von Düsseldorf ein-mal mehr in eleganter Art abgewimmelt worden sind.

Den in Wohnheimen wohnenden Studenten kann man nur empfeh-len, sich bei den Heimverwaltun-gen rechtzeitig die Kostenanalysen vorlegen zu lassen und bei drohenden Mieterhöhungen entsprechende Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

Erfolg: 200 Zimmer durch Zeltaktion!

Die Kommilitonen, die vor einiger Zeit während der AStA-Aktion auf dem Husemannplatz in Zelten übernachteten, haben nicht um-sonst gefroren. Durch die zahlreichen Berichte in Presse, Rundfunk und Fernsehen haben sich immerhin rund 200 Bochumer Haus- und Wohnungsbesitzer entschlossen. Zimmer für Studenten zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Ergebnis kam das Studentenwerk nach einer Auswertung der Angebote, die kurz nach der AStA-Aktion in der Zimmervermittlung des Studentenwerks eingingen. Die Wel-len, die die Aktion geschlagen hat, sind allerdings noch nicht verebbt: Der möglicherweise größte Erfolg: die Vereinigte Baugesellschaft Bochum-Langendreer, in deren Verwaltung sich rund 4000 Wohnungen befinden, hat allen ihren Mietern die Weitervermietung an Studenten gestattet und sie ausdrücklich gebeten, Zimmer zur Verfügung zu

Projektbereich Technologie aufbauen!

det. Er wird sich von nun an re-gelmäßig mittwochs, 16 Uhr, im Fachschaftsraum der Physik in NB

Notwendigerweise konnte auf der Sitzung noch nicht die Erarbeitung eines umfassenden perspektivischen Arbeitsplanes erfolgen. Einig war man sich allerdings in grundsätzlichen Problemen, die mit der Arbeit im PB angepackt werden sollen.

Dabei geht es zunächst einmal um eine möglichst praxisbezogene Aktivierung von Naturwissenschaftlern, ihre spätere Stellung im Produktionsprozeß zu reflektieren ("Berufsperspektiven"), instesson-dere unter Berücksichtigung der duktionsprozeß Einführung von Kurzstudiengän- nächsten Jahres sein.

Am Mittwoch, dem 2. 12. wurde der gen, Studienjahr usw., um die Hin-PB Technologie des AStA gegrün- tergründe und Auswirkungen der Hochschulreform im Sinne des Kapitalismus zu analysieren und Gegenmaßnahmen zu diskutieren und einzuleiten. Dabei geht es vor allen Dingen darum, die Zusammenhänge von Wissenschaft und Wirtschaft zu durchschauen. Praxisbezogen soll hier bedeuten, daß es nicht darum geht, wieder ein neues Analysegrüppchen einmal mehr ohne Verbindung mit der Masse der Studenten zu schaffen, sondern daß aus der Arbeit im Projektbereich konkrete Maßnahmen fließen sollen gegen die weitere Hoch-Schwerpunkt schulformierung. hierzu soll die möglichst abteilungsspezifische Vorbereitung einer Antiformierungsversammlung und Demonstration des AStA Anfang

des Projektbereichs bereits die Er-stellung eines ausführlichen Infos diskutiert, das eine Analyse des Hochschulgesetzes und seine Auswirkungen auf die Naturwissenschaften, eine Analyse des Einflusses der Monopole auf Forschung und Lehre an der Universität und Vorschläge zu einer entgegenwirdemokratischen von seiten der Studenten enthalten

Klar ist, daß auch dieser Projektbereich seiner Intention entsprechend erst dann wirkungsvoll arbeiten kann, wenn möglichst viele Kommilitoninnen und Kommilitonen mitmachen.

Ständiger Treff: mittwochs, 16 Uhr.

Eine gefährliche Fahrt!

— eine Kriminalgeschichte (lang) kaum daß die schleier der morgennebel zu zerreißen begannen, er-tönte im hafen von london das lautstarke horn eines überseedampfers, der im begriffe war, die reise über den atlantik anzutreten. motorship davenport war der name des schiffes, das inklusive besat-zung durchaus in der lage war, vierhundert menschen zu befördern. man schrieb das jahr 1973 und die uhrzeit war 5.38 mez.

an und für sich war nichts besonderes festzustellen an diesem schiff, das geraume zeit später mit volldampf die themsemündung verließ, um nach mehreren tagen fahrt im hafen von new york anzülegen, von feuerwehrbooten begrüßt. in der kabine nr. 234 hatte sich aber miss janet ruskin zum schlafen niedergelegt, nachdem sie eine schwarze aktenmappe, deren inhalt durch ein zahlenkombinationsschloß neugierigen blicken unzugänglich gemacht worden war, unter ihr kopfkissen gelegt hatte.

dieses verhalten der gerade 22jährigen dame erscheint zwar könne, da miss ruskin schon so Schön spannend — was? merkwürdig, man wird es aller- lange sie denken konnte, shake- Forts. folgt — vielleicht!!! NeBL

dings verstehen, wenn man, wie es | speare geliebt hatte und dafür nunmehr geschehen soll, in das gepe eingeweiht wird: in ihr befanden sich nämlich dokumente, genauer pläne, zum bau einer gigan-tischen bombe, die ein land von der größe der sowjetunion mit einem schlag vollständig auslöschen konn-

diese pläne waren von einem englischen wissenschaftler-team ausgearbeitet worden und sollten nun nach amerika gebracht werden, wo man mit dem bau der bombe sofort beginnen wollte. die gegenseite hatte natürlich

wind von den plänen bekommen und würde sicherlich nichts unversucht lassen, sich diese wahrhaft gefährlichen pläne anzueignen. deshalb hatte man sie auch der arglosen collegestudentin mitgegeben, mit dem hinweis, es handele sich bei dem inhalt der mappe um originalhandschriften von william shakespeare, deren echtheit jedoch nur in den labors der new york uni-versity exakt festgestellt werden

nicht nur in ihrem engen bekanntenkreise, sondern auch beim englischen geheimdienst bekannt war, hatte man ihr diese tasche anvertraut in der gewißheit, daß die bombenpläne, auf denen miss ruskin ihren blonden kopf zur ruhe gebettet hatte, sicher an ihr ziel gelangten. nicht jeder passagier an bord die-

ses schiffes allerdings hatte einen so ruhigen schlaf wie miss ruskin. der etwas zwielichtige gentleman bill jones war auf's achterdeck hinausgegangen, sah der sonne beim aufgehen über dem von weißen schaumkronen verzierten wasser zu und malte sich aus, daß er nach ende dieser schiffsreise ein reicher mann sei. bill jones hegte die irrige ver-

mutung, daß stücke der kronjuwelen nach amerika zur reparatur gebracht würden, und zwar ganz unauffällig durch die 22jährige studentin janet ruskin.

schon ganz schön spannend, was? aber in der nächsten nummer wird's noch viel spannender.

Der Augen Wille: Bochum, Kortumstraße 45 v. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Klatsch-Quatsch-Tratsch

die leuchtanzeige in den aufzügen der rub funktioniert mal, mal aber auch nicht. für letzteren fall sandte uns die rotzheol folgenden vorschlag: die zeit, die der aufzug braucht um ein stockwerk zu überwinden reicht genau aus, um ein halbes gegrüsset seist du maria zu beten. für ein vaterunser benötigt der aufzug vier stockwerke. wenn man also von 03 nach 4 fahren will, so bete man einfach ein vaterunser und ein gegrüßet seist du, und dann ist man bombensicher in 4 angelangt. um die mitfahrer nicht im ungewissen über die gerade passierten stockwerke zu belassen, sollte man laut be-

WIR SUCHEN NOCH EINIGE STUDENTINNEN UND STUDEN-TEN FUR UNSER NIKOLAUS-KOLLEKTIV, DAS AM NIKO-LAUSTAG UNSEREN PROFS MAL KRÄFTIG DEREN SÜNDEN AUS DEM DICKEN ROTEN BUCH VORLESEN WILL. INSBESONDE-RE FEHLT NOCH, EIN KRÄFTI-GER KNECHT RUPPRECHT.

der mensadirektor weiß keine neuen worte für frikadellen mehr (wie zb schweinebrisoletten, schwyzer steaks, wiener hackbraten, deutsches beefsteak usw).

wer vielleicht ein paar worte dieser art weiß, teilt sie bitte - aber leise - dem asta-sekretariat mit.

angeblich hat sich letzte woche eine rote zelle der professorenschaft gebildet (ROTZPROF).

weiß näheres? der asta nimmt vertrauliche hinweise neugierig entgegen.

wer ist dagegen, daß für den tram-

perbahnhof bahnsteigkarten eingeführt werden? bitte unter angaben von gründen beim asta vor-

möchtegern-rektor marcus lutter (der zum ausgleich nur dekan der abteilung 6 wurde) zahlt dem parkplatzwärter vor ib monatlich 100 dm, damit er wenigstens sein fiatcoupe auf den privatparkplatz des

stellen kann.

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler Runderneuerungsund Vulkanisierbetrieb

Deta-Batterielager Sonderpreise f. Uni-Angehörige 463 Bochum · Wittener Str. 449

Fernruf 55 03 68 gegenüber Opel-Eingang I

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (R. Zimmermann-Eisel, H. Molderings, Robert Farle, M. Holzach, F. Blecher) Redaktion: Heinrich Jost, Rainer Bender, Peter Schöttler.

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Pubr-Linversität)

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Auflage: 8000 Exemplare
Anzelgenleitung: Erich Eisel
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum.
Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum,
Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Zurückstellung vom Wehrdienst

Wehrpflichtige Studenten, die sich jetzt im 3. Studiensemester befinden, müssen bis zum 31. 12. 70 einen Zurückstellungsantrag beim zuständigen Kreiswehrersatzamt stellen, wenn sie nicht mitten aus dem Studium heraus einberufen werden wollen.

Nach dem Wehrpflichtgesetz kann man auf Antrag zurückgestellt werden, wenn eine Einberufung einen bereits weitgehend geförderten Ausbildungsabschnitt unterbrechen würde. Weitgehend gefördert ist ein Universitätsstudium mit vollendetem 2. Semester (BMV-Erlaß).

Ein Zurückstellungsantrag kann nur drei Monate nach Eintritt des Grundes gestellt werden. Wer diesen Termin 31. 12. 1970 verpaßt, muß damit rechnen, aus höherem Semester noch zum Wehrdienst herangezogen zu werden.

JOIN THE ARMY LEARN A TRADE



BUTCHERING